Mayer

Internationaler Sozialisten-Kongress zu Paris 1900

Preis 20 Pfennig.

TYÖVÄENLIIKKEEN KIRJASTO

Valppaan Kirjasto
D: 6091

Berlin 1900.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Arbeiter-Notiz-Kalender 1901

Mit Extra-Beilage

Portrait Liebknechts.

Geb. 60 Pfg. — Porto 10 Pfg.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das neue Invalidenversicherungs-Gesetz in Frage- und Antwort-Form. — 100 Jahre deutscher Städte-Entwicklung. — Der deutsche Flottenbestand und seine Kosten 1898 u. 1900. — Adressen der Fabrikinspektoren, Gewerkschaftsorganisationen, Arbeitersekretariate, Parteileitung ꝛc. — Die wichtigsten Erfindungen und Entdeckungen. — Ergebnisse der Reichstagswahlen 1898 mit den Nachwahlen bis August 1900.

Die sozialdemokratische

Reichstags-Fraktion

in Wort und Bild

unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Nachwahlen bis August 1900 ꝛc. ꝛc.

Der Arbeiter-Notizkalender ist ein unentbehrliches

praktisches Nachschlagebuch für Gewerkschaften.

Durch jede Buchhandlung beziehbar.

Buchhandlung Vorwärts
Beuthstr. 2, Berlin SW.

827.3=3
5106 A.

Internationaler

Sozialisten-Kongress

zu

Paris

241 B.

23. bis 27. September 1900.

TYÖVÄENLIIKKEEN
KIRJASTO

932681X

V. K.
1933.

Valppaan Kirjasto
D: 6091

Berlin 1900.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Wir übergeben hiermit den Parteigenossen eine Zusammenstellung der Verhandlungen und Beschlüsse des Pariser Kongresses, die — fußend auf den Berichten des „Vorwärts" — nach den ausführlichen Berichten der französischen Parteiorgane ergänzt worden ist. Wir glauben mit der Herausgabe einem Bedürfniß weiter Parteikreise nachgekommen zu sein: möglichst rasch und zu billigem Preise ein zusammenfassendes Protokoll jener Verhandlungen und Beschlüsse zu erhalten, bezüglich deren wir wünschen müssen, daß sie in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft verbreitet und zur Kenntniß genommen werden. Der Verlag.

Deutschland war durch folgende Delegirte vertreten:

Für die Parteileitung und Fraktion: Auer und Singer.

Für Parteiorganisationen bez. Wahlkreise: Antrick (Cottbus-Spremberg), Braun und Hugo Haase (Königsberg, Ost- und Westpreußen), Brey (Hannover und Braunschweig), David und Ulrich (Hessen), Diederich (Bremen), Dullens (St. Ingbert-Pfalz), Elm und Legien (Schleswig-Holstein), Erdmann (Köln-Land), Fritz, Kotzke und Täterow (Berlin), Richard Fischer (Landsberg-Soldin), Adolf Geck (Baden), Gradnauer (4., 5. und 6. sächs. Wahlkreis), Grenz (11., 12., 13., 14. und 19. sächs. Wahlkreis), Georg Haase (Posen und Oberschlesien), Haug-Mülhausen (Elsaß-Lothringen), Haupt (Magdeburg), Hildebrandt (Württemberg), Hug (Oldenburg und 2. Hannover), Kühn (Schlesien), Kummer (Deutscher Arbeiterverein Brüssel), Kunert (Halle), Rosa Luxemburg (Posen und Oberschlesien), Meist (Niederrhein. Agitationsgebiet), Metzschke (Sachsen-Altenburg), Molkenbuhr (Hamburg), Müller-Bochum (Westliches Westfalen), Preßmar (14. Württemberg), Schwarz (Lübeck), Segitz (Bayern und deutscher Metallarbeiter-Verband), Stomke (Oestliches Westfalen), Swienty-Halle (Halberstadt), Trapp (Deutscher Leseklub Paris), Vollmar (Bayern), Wenzel (Ludwigshafen), Wurm (Reuß ä. und j. L.), Zielowski (Frankfurt a. M.).

Für gewerkschaftliche Organisationen: Bömelburg-Hamburg (Maurer), Legien (Fleischer), Müller und Störmer-Hamburg (Seeleute), Näther und Pätzold-Berlin (Metallarbeiter), Röske-Hamburg (Holzarbeiter), Schlicke-Stuttgart (Deutsche Metallarbeiter), Stühmer-Hamburg (Schneider), Wasner-Stuttgart (Handschuhmacher).

Für Frauenorganisationen: Emma Ihrer (Thüringen), Clara Zetkin und Frau Zietz (Deutsche Frauenbewegung.)

Der Pariser internationale Sozialistenkongreß, trat am Sonntag, den 23. September 1900 in der „Salle Wagram", Avenue Wagram zusammen. In seiner letzten Sitzung hatte der Londoner Kongreß auf Antrag der deutschen Delegation beschlossen, der nächste internationale Kongreß solle 1899 in Deutschland abgehalten werden; die „Aera des Zuchthauskurses" machte es der deutschen Parteileitung unmöglich, den ehrenvollen Auftrag des Londoner Kongresses zu übernehmen, und so erging Ende 1898 an die französischen Genossen — entsprechend einem Beschlusse des Londoner Kongresses — die Aufforderung zur Einberufung des Kongresses für 1900 nach Paris. Um zu verhindern, daß wie auf den früheren Kongressen (Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896) über die Frage der Zulassung von Anarchisten erst lange unfruchtbare Diskussionen geführt werden müssen oder gar Störungen seitens der nicht eingeladenen Anarchisten verursacht werden, hatte bereits der Londoner Kongreß die Zulaß-Bedingungen zum nächsten Kongreß festgesetzt und mit der Einberufung sein Bureau betraut. Dieses trat zu Ostern 1899 in Brüssel zusammen, bestimmte entsprechend der Londoner Resolution die Einladungsbedingungen und setzte die vorläufige Tagesordnung (siehe S. 7) fest. Demzufolge hatte das Pariser Organisationskomité eingeladen:

1. Die Vertreter aller Gruppen, die die Umwandlung der kapitalistischen Eigenthums- und Produktionsordnung in die sozialistische Eigenthums- und Produktionsordnung anstreben und die Theilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Thätigkeit als ein nothwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen.
2. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich auch als solche nicht am politischen Kampfe betheiligen, doch die Nothwendigkeit politischer und parlamentarischer Thätigkeit anerkennen. Anarchisten sind mithin ausgeschlossen.

So vollzog sich denn die Eröffnung des Kongresses ohne äußere Störung, nur etwas verspätet, weil die verschiedenen französischen Organisationen sich in der Vorberathung nicht über die Zusammensetzung des Bureaus, das den Kongreß eröffnen sollte, einigen konnten. Die mit französischer Leidenschaftlichkeit geführten Verhandlungen drehten sich um die Streitfrage, ob erst die Mandate geprüft werden sollen oder nicht, bevor das Bureau für die französische Delegation erwählt werden könne. Lafargue und Vaillant lehnten es ab, vor Prüfung dieser Mandate neben Jaurès im Bureau zu sitzen; endlich um ½12 Uhr zogen die französischen Delegirten unter Absingung des Liedes: „Der letzte Kampf" in die Halle. Jaurès und der Advokat Briand (für die Fédération socialiste revolutionaire), der Schriftsetzer Allemane (für die Partei ouvrier socialiste) und Heppenheimer (Werkführer einer Pianofortefabrik und früher sozialistischer Gemeinderath für die Broussisten) nehmen auf dem Bureau Platz; die Anhänger Guesdes und Vaillants waren im Bureau nicht vertreten und hatten sofort, nachdem die Wahl der Vorgenannten ergeben, daß sie in Minderheit waren, den Saal verlassen. Bereits am Montag aber beschlossen alle auf dem Kongreß vertretenen französischen Organisationen mit Einstimmigkeit ihre Vertretung im Bureau.

Verhandlungen und Beschlüsse.

Eröffnungs-Sitzung.

Sonntag, den 23. September, Vormittags 10½ Uhr.

Jaurès erklärt den Kongreß für eröffnet und ladet die ausländischen Delegirten ein, das Bureau aus jeder Nation durch einen Präsidenten und Schriftführer zu verstärken. Die Deutschen entsenden Singer und David, die Oesterreicher Adler und den Parteisekretär Skaret, die Polen Daszinsky und Limanowski, die Czechen Nemec, die Engländer den Gasarbeiter Curran und den Redakteur der „Justice", Quelch (von der Sozialdemokratischen Federation), die Russen Plechanow, Wera Sassulitsch und Kritschewski, die Holländer den Abgeordneten Troelstra mit seinem Fraktionsgenossen Van Kol, die Belgier Vandervelde und Furnemont, beide Abgeordnete, die Dänen Knudsen und Jeppesen, die Schweden Menander und Anderson, die Italiener Costa und Ferri, die Schweizer den Solothurner Staatsanwalt Fürholz und den Lausanner Großrath Rapin, die Spanier den alten Vorkämpfer der Internationale Iglesias und Anton Garcia Quejodo, für Amerika nehmen Sanial und Kretlow, für Argentinien Achille Cambier im Bureau Platz. Als Uebersetzer fungiren Clara Zetkin (für französisch-deutsch und deutsch-französisch), Dr. Karpeles-Wien (für englisch-deutsch) und Smith-Headingley (für englisch-französisch und umgekehrt).

Jaurès leitet die Verhandlungen mit folgender Ansprache ein: Mit tiefer Freude und Bewegtheit begrüße ich im Namen der gesammten französischen Sozialdemokratie, der organisirten französischen Arbeiterschaft die organisirten ausländischen Sozialisten, die Proletarier aller Länder. Wenn je in einem Augenblick, so ist es heute wichtig, die Arbeiter zu einheitlicher sozialistischer Auffassung und einheitlicher Aktion zu bringen, weil gerade heute der Kapitalismus für seine Interessen an die schlechtesten chauvinistischen, bestialischen Instinkte appellirt (Großer Beifall) und in allen Ländern, um seine Herrschaft zu sichern, die alten Rassenvorurtheile wieder zu erwecken und ein Volk gegen das andere zu hetzen versucht. Daher ist von all den wichtigen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, die wichtigste die Organisation des internationalen Friedens und der internationalen Verbrüderung. Wir sind einig in allen Hauptpunkten; mögen über Einzelfragen Meinungsverschiedenheiten herrschen, aber es ist nothwendig, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg die Einigungsformel zu finden, die darin besteht, daß wir auf der einen Seite mit aller Energie innerhalb der bestehenden Gesellschaft Verbesserungen auf Verbesserungen der Lage der Arbeiter, Freiheiten auf Freiheiten zu erringen streben, auf der andern Seite aber auch den Geist nicht übersehen: das Endziel, die Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus! Und alle diese Verbesserungen, Freiheiten sind nur Schritte zum Endziel. Uns Alle erfüllt der gleiche Geist. Und wenn wir Franzosen nicht die gleiche Einheit der Organisation und Taktik haben, so soll das Beispiel der andern Länder, die Kraft, Geschlossenheit und Einheit der internationalen Sozialdemokratie hoffentlich dazu dienen, uns die gleiche Einheit der Auffassung und Aktion zu geben, damit wir mit der gleichen Energie und Klarheit wie die übrigen Nationen dem Endziel der sozialen Revolutionen zumarschiren. (Jubelnder Beifall).

Nun folgen die Ansprachen der Vertreter der einzelnen Länder. Als erster nimmt, von allgemeinem Beifall begrüßt, für die Deutschen das Wort:

Singer: Im Namen der deutschen Delegation bringe ich den Arbeitern aller Länder den herzlichsten Brudergruß; ich bin in Mainz beauftragt worden, den Vertretern des kämpfenden klassenbewußten Proletariats mitzutheilen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor entschlossen ist zur Bekundung und Bethätigung der internationalen Solidarität, daß sie Schulter an Schulter kämpfen will mit den Arbeitern aller Länder, bis das Doppeljoch der politischen Ungerechtigkeit und der wirthschaftlichen Unterdrückung zerbrochen ist. In Mainz feierten wir auf unserem Parteitag die 25jährige Wiederkehr der Einigung der deutschen Sozialdemokratie. Wir Deutsche hegen den heißen Wunsch, daß auch die französischen Brüder diese Einigung erreichen mögen. (Stürmischer Beifall.)

Und wenn es uns gestattet ist, auf die deutsche Sozialdemokratie als ein Beispiel hinzuweisen, so möchte ich Ihnen hier sagen, daß erst seit der Einigung wir zu der imposanten Macht und Stärke herangewachsen sind. In der Einigkeit liegt unsere Stärke; unbekümmert um Meinungsverschiedenheiten in den Einzelheiten muß allen Sozialisten die Nothwendigkeit klar vor Augen stehen, über diese Meinungsverschiedenheiten hinweg unserem erhabenen Ziel zuzustreben. (Beifall.) Wir würden nicht das leisten können, was wir geleistet haben, wenn wir nicht aufgeräumt hätten mit den kleinen Meinungsverschiedenheiten, wenn nicht Jeder von uns, die wir einig im Programm sind, der Erhabenheit unseres Zieles entsprechend seine kleinen Wünsche zurückstellen würde. Und dieses große Ziel im Auge, lassen sich alle Meinungsverschiedenheiten überwinden und allen Sozialisten sollte immer diese Nothwendigkeit der Einigung in der Taktik und Aktion vor Augen stehen. (Allgemeine Zustimmung bei den Franzosen.)

Auf unserer Tagesordnung steht auch eine Frage, die uns Deutsche auch auf unserem Parteikongreß beschäftigt hat. Und hier wie dort wird die Antwort die gleiche sein: der Weltpolitik des Militarismus, des Chauvinismus, des Kapitalismus setzen wir entgegen die Weltpolitik der Interessengemeinschaft des Proletariats aller Länder, die Weltpolitik des internationalen Friedens; der Raub- und Eroberungspolitik der herrschenden Klassen stellen wir entgegen die internationale Solidarität; der Interessengemeinschaft der Ausbeuter die Interessengemeinschaft der Ausgebeuteten. Und zur äußeren Bekundung dieser internationalen Einheit des Proletariats rufe ich im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie: Die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Jubelnd stimmt der Kongreß in das Hoch mit ein.

Peter Curran: Wir Engländer sind mit Allem einverstanden, was Jaurès und Singer ausgeführt haben. Die englische Delegation setzt sich aus verschiedenen Organisationen zusammen: aus Gewerkschaften und politischen Organisationen, aber wir sind Alle für den internationalen Frieden und die internationale Solidarität und wir sind entschlossen, Alles zu thun für die Einigung der Arbeiter. Und wir protestiren ausdrücklich gegen die Nachricht, daß englische Sozialisten die Politik der englischen Regierung unterstützen; nein, nochmals, wir sind Alle einig in der Verurtheilung des englischen Imperialismus und Jingoismus und in der Brandmarkung der kapitalistischen Diebs- und Räuberpolitik in Südafrika. (Allgemeiner Beifall.) Wenn wir im monarchischen England auch keinen sichtbaren König haben, unsichtbare haben wir eine Menge. Wie die Arbeiter aller Länder haben auch wir einen gemeinsamen Feind: den Kapitalismus. Diesen zu bekämpfen, dazu kann und wird der Kongreß — so hoffen wir — ein großes Stück fruchtbarer Arbeit liefern.

Hyndman (der Vertreter der Sozialdemokratischen Föderation): Lassen Sie mich, bevor wir in der Begrüßung weiter gehen, unseren deutschen Genossen ein Wort der Sympathie und des Beileids ausdrücken für den schweren Verlust, den sie durch den allgemein betrauerten Tod unseres Liebknecht erlitten haben. (Sofort erhebt sich bei Nennung des Namens Liebknecht der ganze Kongreß und hört stehend die von Hyndmann selber in den drei Kongreßsprachen deutsch, englisch und französisch vorgetragene Ansprache an.) Liebknecht war nicht nur mein Freund, er war der Freund aller Sozialisten — und wir werden den todten Kämpfer nicht vergessen, der nicht todt ist, denn er lebt in diesem Augenblick in unserer Versammlung, weil seine Ideen in uns leben. Belgische, französische, italienische, englische Sozialisten, Ihr Sozialisten der ganzen Welt, senden wir Alle der Wittwe Liebknechts und unseren deutschen Kameraden unsere Huldigung.

Jaurès: In dem Schmerz über den Verlust und in der Anerkennung über die Verdienste Liebknechts um die Sache des internationalen Proletariats sind wir Alle einig, aber wir Franzosen verloren in ihm einen ganz besonderen Freund. Und wir nennen ihn mit Stolz unseren Freund. Liebknecht hatte für unser Frankreich eine ganz besondere Sympathie, er bekundete sie mit seltenem Mannesmuth 1870/71, mitten in der Raserei der nationalen Leidenschaften vor dem Leipziger Schwurgericht, wo er, unter der Anklage des Hochverraths, die Stimme der internationalen Solidarität der Arbeiter erhoben und vor den bürgerlichen Geschworenen das stolze Wort gesprochen hat von dem „Soldaten der Revolution". Jaurès erinnert weiter an Lawroff, den anderen großen Vorkämpfer der Revolution, durch dessen Tod die internationale Sozialdemokratie einen schweren Verlust erlitten habe, und an Tussy Marx, der die internationale Sozialdemokratie für ihre Dienste so vielen Dank schulde.

Valppaan Kirjasto

Stehend hörte der Kongreß diese Huldigung an unsere Todten an und drückt begeistert seine Zustimmung aus.

Costa: Wir Italiener können mit ruhigem Gewissen vor den internationalen Kongreß treten. Wir haben trotz der blutigen Reaktion von 1898 unsere Schuldigkeit erfüllt. Die Monarchie hat unserer Obstruktion gegenüber an das Land appellirt und das Land hat geantwortet mit der Vermehrung unserer Mandate, mit der Verdoppelung unserer Stimmen. (Bravo!) Nun sucht die Reaktion das ungeheuerliche Verbrechen von Monza, das jeder Sozialist vom menschlichen Standpunkt aus nicht nur beklagt, sondern verurtheilt, gegen uns auszunutzen. Aber es ist vergebens. Der letzte Parteitag hat unsere Einheit gezeigt. Wir kennen wohl Diskussionen unter uns, die eine Lebensbedingung für jede gesunde Parteientwickelung sind, aber keine Spaltung! (Lebhafter Beifall.)

Dr. Adler-Wien: Wir in Oesterreich haben selbst eine kleine Internationale, wir kennen am besten die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Aber wir kommen hierher, wie wir 1889 hierher kamen und dem internationalen Proletariat zum ersten Mal sagen konnten, daß die Arbeiter Oesterreichs aller Zungen einig seien im Sozialismus und einig im Marsch nach vorwärts. Wir haben Wort gehalten, dessen können wir uns rühmen. In dem unglücklichen Land, wo die Arbeiterschaft das einzige Element gegen die Bestialität im eigenen Land ist, ist die Sozialdemokratie die einzige Repräsentantin der gemeinsamen Interessen aller Arbeiter Oesterreichs. Leicht ist diese Einigkeit nicht zu erzielen. Aber sie muß erzielt werden, wo es ehrliche Sozialisten giebt, (stürmischer Beifall), wo den Männern des Sozialismus die wesentlichen und dauernden Interessen des Proletariats höher stehen, als kleine Meinungsverschiedenheiten, Doktrinen und Theorien (erneuter Beifall), überall da, wo es Sozialdemokraten giebt, die ja entschlossen sind, ihr Blut zu opfern und die für die Sache des Sozialismus auch entschlossen sind, ihren Eigensinn, ihre Eitelkeit, ihre Voreingenommenheit zu opfern. (Stürmischer Beifall.) Ich spreche aus Erfahrung. Diese Lehre haben wir mit Blut bezahlt. Das Beste unserer Arbeit steckt in dieser Arbeitereinigkeit. Ich hoffe, daß dieser Kongreß, der nach außen hin die volle Einigkeit der Sozialdemokratie aller Länder zum Ausdruck bringen wird, auch der Ausgangspunkt für eine große, unwiderstehliche Bewegung zur inneren Einigung der französischen Sozialdemokratie sein wird, die überwältigend Alles niederwirft im Triumph des Sozialismus. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Aehnlich spricht im Namen der belgischen Sozialisten **Vandervelde** in längeren Ausführungen. Er erinnert an die Zeit des ersten Christenthums. Da boten die Christen den Heiden das Schauspiel der Einigkeit, sodaß diese erstaunt ausriefen: „Seht, wie sie sich Alle lieben". Und diese Einigkeit hat die Stärke ihrer Lehre gebracht. Und wie jenen Heiden so sprechen heute in Belgien die Kapitalisten von uns Sozialisten: „Seht, wie sie sich Alle lieben!" Unser Beispiel soll Euch Franzosen zur Nacheiferung dienen. 1889 hatten wir hier in Paris noch zwei Kongresse, die sich feindselig gegenüber standen. Und dennoch erfolgte kurz darauf die Einigung. Den Anhängern der verschiedenen Fraktionen stehen wir mit gleicher Unparteilichkeit gegenüber. Wir rufen Euch zu: Sozialisten Frankreichs vereinigt Euch! (Stürmischer Beifall.) Als die Kanonen an den Grenzen donnerten, war der Konvent einig. Könnt Ihr nicht, was die Bourgeois von 1789 konnten? Wie ähnlich ist heute die Situation für den Sozialismus! Feinde ringsum! Wollt Ihr da in unheilvollem Bruderkrieg Eure Kräfte zersplittern? Sozialisten Frankreichs, vereinigt Euch! (Stürmischer Beifall.)

Von **Keir Hardie**-London liegt ein Brief vor, in dem er berichtet, daß der japanische Genosse Katayamo, der Herausgeber der „Arbeiterwelt", bedauert, am Kongreß nicht theilnehmen zu können, weil die Organisation noch zu arm sei; aber der Kongreß möge wenigstens wissen, daß auch im entferntesten Osten der Gedanke des Sozialismus Wurzel geschlagen habe.

Plechanow begrüßt im Namen der russischen Arbeiter den Kongreß; so weit diese aufgeklärt und organisirt seien, gehen sie Hand in Hand mit dem Proletariat der ganzen Welt; er erinnert an das bekannte Wort Jakobys von der Gründung eines einzigen Arbeitervereins, das für Rußland ganz besondere Bedeutung habe. Früher waren die Studenten, die Gebildeten, die Träger der revolutionären Bewegung gegen das Zarenthum, heute sind es die Arbeiter, die mit aller Energie den Kampf gegen den Despotismus führen, entschlossen, nicht blos die wirthschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse herbeizuführen, sondern die politische Emanzipation aller Völker von der Knute Rußlands. (Bravo!)

Kritschewsky geißelt die ungeheure Verfolgung des zarischen Despotismus, und giebt dem Kongreß Kenntniß von zwei Zuschriften, die ihm mit dem Auftrag übergeben wurden, sie dem Kongreß zur Verlesung zu bringen. Die erste lautet:

„Polnische, jüdische und russische Revolutionäre, die von der Regierung des russischen Zaren wegen sozialistischer Thätigkeit nach einem der entferntesten Winkel Sibiriens verbannt worden sind, sowie ihnen sympathisirende Einwohner des betreffenden Ortes haben sich am 1. Mai 1900 in intimem Kreise versammelt. Am 1. Mai, dem Feste der internationalen Solidarität des Proletariats, wollten sie sich im Geiste mit dem Proletariat vereinen in dessen Kampfe um die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Sie haben daher unter einstimmigem Jubel beschlossen, dem Pariser internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß herzlichen Gruß zu entbieten und ihn von ganzem Herzen den besten Erfolg zu seinen Arbeiten zu wünschen. Hoch die Sozialdemokratie! Hoch der internationale sozialistische Arbeiterkongreß!"

Die zweite enthält den Gruß der Petersburger Arbeiterorganisation, die Arbeiter aller Berufe in allen Arbeitervierteln der Hauptstadt umfaßt.

Troelstra-Holland: Auf dem Londoner Kongreß war die holländische Delegation noch gespalten. Heute sind wir von der Krankheit der persönlichen Einflüsse und schädlichen Sektirergeistes geheilt. Uns freut es heute ganz besonders, daß wir Holländer gerade unsern englischen Arbeitsbrüdern die Bruderhand hier entgegenstrecken können. Ihr Gewissen ist rein, und sie sind unschuldig an dem Völkermord unserer stammesverwandten Brüder in Transvaal. Auch er fordert zur Einigkeit auf: Setzt an die Stelle der Schulen die frische klassenbewußte That. Die Krisis kommt und mit ihr der Zuzug von Hunderttausenden. Sorgen wir, daß sie in jedem Lande eine einige Sozialdemokratie finden. (Bravo!)

Knudsen-Dänemark: Von einem kleinen Lande, wie dem unserigen, wird man kaum erwarten können, daß wir mit Rücksicht auf die endliche Durchführung des Sozialismus an der Spitze marschiren sollen. Was wir jedoch mit Sicherheit erreichen können, ist, daß die Arbeiterschaft unseres Landes die Reife erlangt, kräftig an der sozialen Wiedergeburt theilnehmen zu können, wenn der Kapitalismus in den großen Staaten seine Rolle ausgespielt hat. In dieser Beziehung sind wir sicher, daß die Arbeiter unseres Landes nicht zurückstehen werden. Wir haben uns früher schon für den mächtigen Wellenschlag der Freiheitsbewegung empfänglich gezeigt. Als die Februarrevolution 1848 ihren Sturm über Europa sandte, brachen dessen Ausläufer auch über die Grenzen unseres Landes herein. Aber erst das Gebrüll der Kanonen während des heldenmüthigen Kampfes der Pariser Kommune 1871 rief den sozialistischen Geist bei den dänischen Arbeitern ins Leben und gab endlich den Anlaß dazu, daß die rothe Fahne des Internationalismus auch in unserem Lande ihren Siegeszug begann. Trotz des Hasses und der Verfolgungen unserer kapitalistischen Feinde schlug der Sozialismus so kräftig Wurzel, daß er sich niemals mehr ausrotten läßt. Der nächste Kultur-Wellenschlag in den großen Staaten wird in Dänemark ein organisirtes Heer von Arbeitern finden, welches bereit stehen wird, das große Werk der Revolution zu vollenden: Den endlichen Sturz des kapitalistischen Goldkalbes und die Erstehung der auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit beruhenden sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Daszynski-Polen: Aus dem zerrissenen Polen erhebt sich jetzt endlich das klassenbewußte Proletariat, das für den Völkerfrieden eintritt in einer Zeit, wo die Kapitalisten ihre Phrasen für den Völkerfrieden mit einem Walle von Bajonetten illustriren. Wenn wir polnische Arbeiter die Einigkeit erstreben, so nur unter der Fahne des revolutionären Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Fürholz-Schweiz: Wir haben keine besonders kräftige Organisation. Vielleicht wäre es anders, wenn auch wir verfolgt würden, statt daß wir formal im Besitz aller politischen Freiheiten sind. Aber gleichwohl geben wir schweizer Sozialisten das Bild völliger Einheit, obgleich uns Sprache, Abstammung, Gewohnheiten in unsern zahlreichen Kantonen trennen.

Menander-Stockholm: Mit der wachsenden Industrie tritt auch die schwedische Sozialdemokratie immer stärker in die Reihen der kämpfenden Internationale.

Nemec-Prag begrüßt den Kongreß im Namen der czechischen Sozialdemokratie und im Auftrage des Kongresses zu Budweis. Wenn wir auch klein sind, so trachten wir doch, ebenso gute Sozialdemokraten wie Sie zu sein. Der einigen Sozialdemokratie der Welt unsere besten Wünsche.

Iglesias-Spanien weist auf die Einigkeit des internationalen Kapitalismus hin, wenn es gilt, die Proletarier auszubeuten, und wenn es gilt, sie aufeinander zu hetzen. Ueberall ist die Ausbeutung gleich verbrecherisch. Unter der Zustimmung des Kongresses weist er auf die Kolonialwirthschaft in Afrika, Asien u. s. w. hin.

Ihm folgen Sanial-Amerika und Cambrier-Argentinien, die die Grüße ihrer Organisationen dem Kongreß übermitteln.

Es ist 2 Uhr geworden, die meisten fremden Delegirten verlassen im Glauben, die Sitzung sei beendet, den Saal. Da erscheint auf der Tribüne Lafargue, der bei Beginn der Sitzung mit seinen Freunden von der französischen Sozialistischen Arbeiterpartei und mit den Blanquisten sich entfernt hatte, und verlangt zur Abgabe einer Erklärung das Wort. Jaurès ertheilt es ihm.

Lafargue: „Vaillant und ich wollten nicht neben Jaurès im Bureau sitzen, weil —" Sofort nach diesen Worten brach ein Lärm los, der jedes weitere Wort erstickte. Vergebens bemühte sich Jaurès, die Ruhe herzustellen — da erklärte er die Sitzung für aufgehoben, und das Bureau entfernte sich. — Die Erklärung lautete:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die Prüfung der Mandate für die französische Sektion durch Entscheid des Generalkomitees und auf dem Wege der Presse für 2 Uhr Nachmittags angesetzt war, in Anbetracht des weiteren Umstandes, daß heute Morgen, ohne die angesetzte Stunde abzuwarten, ohne daß eine Prüfung der Mandate vorgenommen worden wäre, in Abwesenheit eines großen Theils der Delegirten zur Wahl eines Bureaus geschritten worden ist, das nicht die Eignung besitzt, im Namen der französischen Delegationen zu sprechen, legen die französische Arbeiterpartei, die sozialistisch-revolutionäre Partei, die kommunistische Vereinigung', die Föderation der Syndikate von Saone et Loire ꝛc. ... bei allen sozialistischen Parteien, die auf dem Kongreß vertreten sind, Verwahrung ein." (Folgen die Unterschriften.)

Zweiter Verhandlungstag.

Montag, den 24. September. — Vormittags-Sitzung.

Nach dem Vorschlage des Organisationskomitees sollen zur Vorbesprechung der einzelnen Punkte der Tagesordnung und zwecks Ausarbeitung von Resolutionen zur Vorlage an den Kongreß für jeden Punkt der Tagesordnung je eine Kommission gebildet werden, in welche jede Nation 2 Mitglieder entsendet.

Die provisorische Tagesordnung des Kongresses lautet:

1. Ausführung der Beschlüsse der Internationalen Kongresse. Aufsuchung und Anwendung praktischer Methoden für die internationale Verständigung. Organisation und Aktion der Arbeiter und Sozialisten.
2. Internationale Gesetzgebung behufs Begrenzung des Arbeitstages. Diskussion über die Möglichkeit eines Mindestlohns in den verschiedenen Ländern.
3. Nothwendige Bedingungen für die Befreiung der Arbeit: a) Organisation und Bethätigung des Proletariats als Klassenpartei; b) politische und wirthschaftliche Enteignung der Bourgeoisie; c) Vergesellschaftung der Produktionsmittel.
4. Der Völkerfriede, der Militarismus, die Beseitigung der stehenden Heere.
5. Die Kolonialpolitik.
6. Die Organisation der seemännischen Berufe.
7. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk.
8. Der Sozialismus in den Gemeinden.
9. Die Eroberung der staatlichen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien.
10. Der 1. Mai.
11. Die Trusts.
12. (Auf Antrag der Sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei Frankreichs, unterstützt von 6 unter 11 Nationen): Die zunehmende Konzentration des Kapitals, die aus der Konkurrenz entstehende wirthschaftliche Planlosigkeit, die durch politische Mittel nicht beseitigt werden kann, und infolge davon die fortdauernde Verschlimmerung der Lage der Arbeiter, führen sie nicht unentrinnbar zu einem unmittelbaren Zusammenstoß zwischen Arbeit und Kapital, der die Gestalt des Generalstreiks annehmen wird?

Die Kommissionen werden deutscherseits gebildet aus Erdmann-Köln und Elm-Hamburg für den 1., Molkenbuhr und Wurm für den 2., Segitz und Haase-Königsberg für den 3., Singer und Rosa Luxemburg für den 4. und 5., Störmer und Müller (Redakteur des „Seemann" in Hamburg) für den 6., Gradnauer und Hildebrandt-Stuttgart für den 7., Ulrich-Offenbach und Hug-Bant für den 8., Auer und Zetkin für den 9., Bömelburg-Hamburg und Kotzke-Berlin für den 10., David und Röske für den 11. und Legien und Täterow für den 12. Punkt der Tagesordnung.

In Folge des gestrigen Zwischenfalls mit Lafargue und um den unter der französischen Delegation herrschenden Streit über die Frage, ob die Mandatsprüfung der Ernennung der französischen Bureaumitglieder vorangehen soll oder nicht, tritt das gestern gewählte Bureau zu einer Vorbesprechung zusammen. Kurz vor 1/2 11 Uhr eröffnet **Singer**, mit Beifall empfangen, den Kongreß mit folgender Mittheilung: Ich bin beauftragt, im Namen des Bureaus die Erklärung abzugeben, daß das Bureau, das gestern und heute die Verhandlungen leitete, sich nur als provisorisch ernannt betrachtet. Die definitive Konstituirung soll erst erfolgen, nachdem jede Nation ihre Mandate geprüft hat. Da den Franzosen diese Prüfung bisher nicht möglich war, ladet das Bureau die beiden Richtungen ein, nach Schluß dieser Sitzung sich zu konstituiren und die Mitglieder in das definitive Bureau des Kongresses zu entsenden. Der Kongreß stimmt dem zu.

Singer macht dann Mittheilung über die Ernennung der Kommissionen, wobei es selbstverständlich sei, daß den Delegirten der Zutritt zu den Kommissionssitzungen freistehe. Die Arbeitszeit wird gegen den Vorschlag der Engländer, die nur bis 5 Uhr tagen wollen, auf Vormittags von 10—12, Nachmittags 2—6 Uhr festgesetzt.

Die provisorische Tagesordnung wird en bloc angenommen.

Der Antrag Fribourg's, zuerst im Plenum zu verhandeln, weil die Meinung des Kongresses und nicht die der Kommission festgestellt werden soll, wird unter dem Beifall des Kongresses abgethan durch den Hinweis Singer's, daß wir bloß 3 Tage und nicht 3 Monate tagen.

Nachmittags-Sitzung.

Nach 1/2 3 Uhr eröffnet **Singer** die Sitzung: Ich habe die freudige Genugthuung, dem Kongreß mitzutheilen, daß die französischen Delegirten sich verständigt und einstimmig zu Präsidenten die Genossen Vaillant und Renou erwählt haben. Jeden Tag werden zwei Präsidenten vorsitzen: heute Vaillant und Singer.

Die Verkündigung der Verständigung unter den Franzosen wird vom Kongreß mit jubelndem Beifall aufgenommen. Und als Vaillant mit zündenden Worten die Solidarität der Franzosen mit den Arbeitern aller Länder verkündet und an die Vielen erinnert, die seit dem letzten Pariser Kongreß 1889 der Tod aus unseren Reihen gerissen, besonders an Liebknecht, der mehr als jeder Andere dafür gewirkt habe, das Prinzip der internationalen Einigkeit zu verwirklichen — brach donnernder Beifall aus, in den sich die Rufe: „Hoch die Kommune! Hoch die Einigkeit!" jubelnd mischten.

Einziger Punkt der Tagesordnung ist die Prüfung der Mandate:

Soweit die Nationalitäten, die in erster Linie entscheiden, nicht Beanstandungen aussprechen, begnügt sich der Kongreß mit der bloßen Entgegennahme der Berichte; nur im Streitfall entscheidet der Kongreß. Delory (von der Guesdistischen Arbeiterpartei), Bürgermeister von Lille, berichtet, daß 2268 französische Mandate für gültig erklärt worden seien, die von 473 Delegirten ausgeübt werden. Deutschland hat 43 Vertreter der Partei, 2 der Reichstagsfraktion, 3 der Arbeiterinnenbewegung und 9 der Gewerkschaften. England sandte 95 Delegirte, deren Zahl wäre — so führte Curran aus — wesentlich höher, wenn nicht durch die Auflösung des Unterhauses die englischen Arbeiter plötzlich in den Wahlkampf gerissen worden wären, der alle ihre Kräfte und Agitatoren in Anspruch nehme. Aus gleichem Grunde, sagt Skaret, besteht die österreichische Delegation aus nur 10 Mitgliedern, 5 der politischen Partei, 2 der Gewerkschaftskommission und 3 von den Gewerkschaften. Italien, dessen sozialistische Partei sich eben erst nach einer 2jährigen blutigen Unterdrückung durch die reaktionäre Regierung zu neuem Kampfe organisirt, sandte 14 Vertreter, und zwar 10 der politischen Organisationen,

1 für die italienischen Arbeiter in der Schweiz, und je 1 für solche in Paris, Ivry und Nogent, im Ganzen also 14, darunter 5 Deputirte; die Gewerkschaften sind leider noch so unterdrückt, daß sie keine Vertreter senden konnten. Belgien ist in allen Zweigen seiner Arbeiterbewegung, Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften durch 37 Delegirte vertreten, darunter 6 Deputirte und mehrere Genossinnen. Aus Rußland sind trotz aller Schwierigkeiten 29 Mandate durch 23 Delegirte vertreten; 9 entfallen auf die revolutionäre sozialdemokratische Partei, 12 auf den jüdischen Arbeiterbund, 5 auf revolutionäre Organisationen und 3 auf den Bund der revolutionären Sozialisten Rußlands. Polen, sagt Daszynski, hat in Folge der politischen Unterdrückung, unter der es leidet, nicht immer die Möglichkeit, bei Ausstellung der Mandate die Förmlichkeiten zu beachten, deren Innehaltung man in gesetzmäßig regierten Ländern verlangen kann. Trotzdem haben wir von 24 Mandaten 5, von 20 Delegirten 1 beanstanden müssen. Nach längerer Debatte zwischen Rosa Luxemburg, welche die Beanstandung ihrer Mandate auf politische Gegensätze zurückführte, Daszynski und Adler-Wien, der Daszynski gegen die Beschuldigung vertheidigt, als ob er polnischer Nationalist sei, wird die Frage der Giltigkeit der bestrittenen Mandate dem Bureau überlassen.

Die Czechen Oesterreichs sind nur durch 2 Delegirte vertreten, da alle Kräfte für den bevorstehenden Wahlkampf in Anspruch genommen seien; Schweiz durch 10 Delegirte mit 11 Mandaten, Dänemark durch 19 Delegirte, wovon 3 auf die Partei-, 3 auf die Gewerkschaftsleitung, die andern auf den sozialdemokratischen Verband und die zentralisirten Gewerkschaften entfallen, Holland durch 9, Spanien durch 4 Delegirte, wovon 3 die sozialistische Arbeiterpartei, der vierte den gewerkschaftlichen Generalverband der Arbeiter vertreten, welcher 127 Gewerkschaften umfaßt, Schweden sandte 3 Delegirte, 2 für die Partei, 1 für die Eisenbahnarbeiter; Amerika ist durch 5 Delegirte vertreten, 1 für die sozialdemokratische Partei Amerikas, 4 aus den Einzelstaaten, wovon einer auch die Trade- und Labour-Alliance repräsentirt. Die Streitfrage über die Giltigkeit der von verschiedenen Organisationen ausgestellten Mandate wird dem Bureau überwiesen. Die Argentinische Republik sandte zum ersten Mal einen Delegirten zum Internationalen Arbeiterkongreß; Bulgarien, das gegenwärtig 70 sozialistische Organisationen aufweist, sandte 3 Delegirte, Portugal betraute mit 3 Mandaten Jaurès; Norwegen ist durch 1, Irland durch 3 Delegirte vertreten, davon 1 aus der Hauptstadt und 2 aus der Provinz, was der Berichterstatter als ein freudiges Zeichen für das sozialistisch-revolutionäre Erwachen dieses Agrarlandes bezeichnet. Er regt an, auch Irland eine eigene Vertretung zu gewähren, wie den Czechen und Polen.

Der Kongreß erklärt sämmtliche nicht beanstandeten Mandate für giltig; die beanstandeten unterliegen der gemeinsamen Entscheidung des aus allen Nationalitäten zusammengesetzten Bureaus.

Von den rumänischen Sozialisten wird ein Telegramm verlesen, worin sie ihr Bedauern ausdrücken, nicht am Kongreß theilnehmen zu können.

Nach Verlesung einer Reihe weiterer Zustimmungsschriften und Telegramme wird um 5 Uhr die Sitzung geschlossen.

Die Kommissionen treten zu ihren Arbeiten zusammen.

Dritter Verhandlungstag.

Dienstag, 25. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 10 Uhr pünktlich eröffnet Hyndman die Sitzung; ihm assistirt Costa, der Vertreter Italiens. Die gestern bestrittenen polnischen und amerikanischen Mandate sind vom Bureau einstimmig für giltig erklärt worden.

Der Kongreß tritt in die Einzelberathung der Punkte der Tagesordnung ein.

Van Kol referirt über die Resolution zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Ausführung der Beschlüsse der Internationalen Kongresse. Aufsuchung und Anwendung praktischer Methoden für die internationale Verständigung. Organisation und Aktion der Arbeiter und Sozialisten.

Zur Begründung führt Van Kol aus: Die Vertreter aller Nationen waren im Komitee darüber grundsätzlich einig, daß es sich darum handeln müsse, ein Organ zu schaffen, das die Internationalen Beziehungen zwischen den politischen

und gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder aufrecht erhalte, enger zusammenfasse und so auch dazu diene, die auf den Kongressen gefaßten Beschlüsse in die That umzusetzen. Bisher haben die internationalen Kongresse zwar häufig schon die schönsten Beschlüsse gefaßt; dabei ist es aber auch geblieben: die Thaten, die folgen sollten zur Verwirklichung oder Durchführung der Beschlüsse, sind in den meisten Fällen ausgeblieben. Je heftiger der Kampf entbrennt zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Weltanschauung, je nothwendiger es auch in allen Ländern wird, Reformen auf dem Boden der heutigen Gesellschaft zu erzwingen, um so nothwendiger ist es, daß das klassenbewußte internationale Proletariat sich ein Organ schafft, das es befähigt, durch Berücksichtigung und Kenntnißnahme der in den einzelnen Ländern gemachten Erfahrungen dem Klassenkampf neue Kraft und neue Schärfe zu verleihen. Die Kommission hat sich daher grundsätzlich auf folgenden Vorschlag geeinigt:

1. Schaffung einer dauernden internationalen Zentralkommission, die aus je einem Vertreter aller am Kongreß theilnehmenden Nationen bestehen und dessen Sekretariat in jenem Lande seinen Sitz haben soll, in welchem der nächste Internationale Kongreß tagen wird.
2. Schaffung von Geldmitteln zur Errichtung eines
3. Besoldeten Internationalen Sekretariats.

Aufgaben dieses Sekretärs wären: 1) Zusammenstellung aller bisher auf Internationalen Kongressen gefaßten Beschlüsse. 2) Einforderung von Berichten über Stand und Entwickelung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder. 3) Zusammenfassung dieser Einzelberichte zu einem Generalberichte, der veröffentlicht werden soll. Ebenso sollen ihm 4) die Vorarbeiten für die Internationalen Kongresse, die Feststellung der provisorischen Tagesordnung übertragen werden; ferner 5) die Veröffentlichung von Manifesten, in denen zu allen brennenden großen Tagesfragen, welche die Interessen des Proletariats berühren, Stellung genommen werden soll.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben sind natürlich Mittel nothwendig; für den Anfang dürften nach Meinung des Komitees 10 000 Fr. genügen, die von den einzelnen Nationen nach Maßgabe der Stärke und Größe ihrer Bewegung und Organisationen aufgebracht werden müßten. Die Kommission hofft, daß diese finanziellen Grundlagen geschaffen werden. Früher war die Internationale nur der Traum kühner, großherziger Männer, die mit ihren Ideen ihrer Zeit weit voraus geeilt waren, die in den Massen erst den Samen ausgestreut, aus dem die heutige Internationale erwachsen ist, die stark genug sei, alle Macht des internationalen Proletariats zusammenzufassen, und doch auch wieder elastisch genug, die Einzelrechte und -Interessen jedes Landes zu respektiren. Wenn der Kongreß diesen Beschluß durchführt, so trifft er damit eine Maßregel, die internationale Aktion endlich einzuleiten. Die Sonne des Sozialismus wirft ihre Strahlen siegreich über die ganze Welt. Das Proletariat hat die Pflicht, seine Kraft zusammenzufassen, die Welt des Kapitalismus zu überwinden, und ist stark genug, die neue Welt des Sozialismus aufzubauen. (Großer Beifall.)

Der Kongreß tritt in die Diskussion über die Resolution ein.

Smith-Headingley (England): Die in Aussicht genommene Summe von 10 000 Franken ist absolut ungenügend; sie reicht nicht einmal zur Zahlung der nothwendigen Drucksachen, die veröffentlicht werden müßten; mindestens 100 000 Fr. sind erforderlich, und es giebt vielleicht ein Mittel, 500 000 aufzubringen. Wir müssen uns nur entschließen, auch Opfer zu bringen für das, was wir für nothwendig halten. Wenn jedes Mitglied der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, wenn jeder sozialistische Wähler jährlich nur 10 Pf. opfert, ist die finanzielle Frage gelöst.

Van Kol (Belgien): Gewiß sind 100 000 Fr. schöner als 10 000, aber wir können unmöglich die ohnehin belasteten Gewerkschaften weiter belasten. Besser ist's: klein anfangen und dann weiter ausbauen.

Anseele: Die Hauptfrage ist, Zeit zu gewinnen zur Aufbringung der Mittel; wir wollen jetzt abstimmen: Wollen wir das Sekretariat beschließen? Ja oder Nein? Wollen wir 10 000 Fr. dafür zur Verfügung stellen? Ja oder Nein? Die Art und Weise der Aufbringung der Mittel und die Bestimmung der Aufgaben für das Internationale Sekretariat kann später diskutirt werden.

Mehrere Redner machen Einzelvorschläge zur Aufbringung großer Mittel.

Die Frage der Gründung eines Permanenten Internationalen Komitees mit einem besoldeten Sekretär wird einstimmig beschlossen.

Valppaan Kirjasto

Betreffs der Beitragsleistung schlägt Hyndman vor: jede der 8 großen Nationen soll je 1000 Franken, den Rest sollen die kleinen Nationen aufbringen.

v. Elm: Wir Deutsche haben die finanzielle Frage in der Kommission von Anfang an in den Vordergrund gestellt und von ihrer Erledigung unsere Zustimmung abhängig gemacht. Auf die Dauer werden die 10 000 Fr. nicht ausreichen, aber diese Frage ist vorläufig nebensächlich; wenn später mehr erforderlich, mögen spätere Kongresse entsprechende Beschlüsse fassen. Die Frage würde aber sofort Schwierigkeiten machen, wollte man damit anfangen, die Mitglieder der Einzelorganisationen zu festen Beiträgen zu verpflichten; wir müssen darauf bestehen, daß die großen Nationen nach ihren politischen Organisationen zu einem festen Beitrag, der im Voraus zu leisten ist, verpflichtet werden; wir sind aber dagegen, daß die Gewerkschaften zur Beitragsleistung herangezogen werden, das wäre für Deutschland nach Lage der Gesetze unmöglich, daher müssen wir Deutsche dies zur Bedingung unserer Zustimmung machen.

Van Kol bestätigt, daß schon in der Kommission dieser Forderung zugestimmt und beschlossen worden sei, den Beitrag von der politischen Organisation sofort im Voraus einzufordern.

Der Kongreß beschloß, 10 000 Franks als finanzielle Grundlage des Internationalen Sekretariats zu bestimmen.

Auf Vorschlag Hyndmans wurde einstimmig Brüssel als Sitz des Internationalen Sekretariats bestimmt, weil Belgien ein neutrales Land sei, weil die belgischen Sozialisten im Brüsseler Maison du Peuple schon heute eine Stelle haben, wo die internationalen Fäden zusammenlaufen, und vermöge des Umstandes, daß dort im Hause sich auch die belgische Parteidruckerei befinde, manche Ausgaben vermieden werden können.

Vandervelde dankt für das einstimmige Vertrauensvotum, das der Kongreß den belgischen Arbeitern ertheilt habe, und verspricht, am nächsten Kongreß den Beweis dafür zu liefern, daß die belgischen Sozialisten dieses Vertrauen gerechtfertigt haben werden.

Van Kol beantragt im Namen der Kommission, den eben gefaßten Beschluß, betr. das Internationale Sekretariat durch Annahme einer zweiten Resolution zu ergänzen: Neben dem Internationalen Sekretariat soll aus den parlamentarischen Fraktionen der verschiedenen Länder ein Interparlamentarisches Komitee als gleichberechtigte Kommission ernannt werden, um die Einheitlichkeit der politischen Aktion zu garantiren. In der Zeit des internationalen Imperialismus und Militarismus sei es von höchster Wichtigkeit, daß in allen Parlamenten zu gleicher Zeit ein gemeinsamer Protest erhoben werde, daß die Forderung, dem Militarismus keinen Mann und Groschen zu bewilligen, gleichsam die internationale Proletarier-Parole werde. Und auch in Bezug auf den Arbeiterschutz sollen durch gemeinsame gleichartige Forderungen in allen Parlamenten deren agitatorische Werbekraft von der Tribüne der Parlamente erhöht werden.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Ebenso der von Vandervelde vertretene Antrag des Sozialdemokratischen Studenten-Kongresses, der letzter Tage in Paris tagte: mit dem Internationalen Sekretariat zu verbinden die Gründung einer Internationalen Bibliothek und eines Internationalen Archivs, wohin aus allen Ländern die sozialistischen Berichte, Broschüren ꝛc. geschickt werden sollen, und dem Sekretariat den Auftrag zu ertheilen, diese Sammlung nutzbringend für die internationale Bewegung auszubauen.

Schluß der Vormittagssitzung 12½ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Aus Ungarn ist als Delegirter Ferenczy erschienen; er begrüßt den Kongreß und erklärt es aus den Verfolgungen, denen die ungarische Sozialdemokratie in jüngster Zeit in so hohem Maße ausgesetzt gewesen sei, daß nur ein ungarländischer Delegirter am Kongreß teilnehmen könne. Man hat im Ausland gar keine Vorstellung von der Brutalität, mit welcher der Sozialismus von der „liberalen" Regierung Ungarns verfolgt wird. Im Jahre 1896 wurden anläßlich der Maifeier erschossen 19, schwer verwundet 57 Feldarbeiter und eine große Anzahl Arbeiter in Budapest; verhaftet und in Untersuchung gehalten wurden 140 Arbeiter. Die „Népszava", das Organ der Partei, hatte 10 Preßprozesse. Im Komitate Szerém allein wurden über mehr als 400 Arbeiter

Gefängnißstrafen verhängt von zusammen ungefähr 100 Jahren. Nach dem Bericht wurden in der Periode vom Juni 1897 bis 15. März 1899 von Gendarmen erschossen 51, verwundet 114 Arbeiter. Verhaftet und in längerer Untersuchungshaft gehalten wurden 295, ausgewiesen und abgeschoben wurden aus 36 Städten 274, blutig geprügelt in den Gefängnissen wurden 34 Arbeiter. Kerkerstrafen erhielten Arbeiter zusammen 130 Jahre 6 Monate, Staatsgefängniß 9 Jahre, Geldstrafen zusammen 34 624 Kr. Versammlungen wurden verboten in 62 Städten und Gemeinden, Statutengenehmigungen in 29 Städten und Gemeinden verweigert. Aufgelöst wurden 28 Vereine. Im Jahre 1899 erschossen am 7. Januar Gendarmen 6 Arbeiter und verwundeten 32. Verhaftet und in Haft behalten wurden 301 Arbeiter auf zusammen 1721 Tage; Gefängnißstrafen 25 Jahre 8 Monate, Staatsgefängniß 1 Jahr 11 Monate, Geldstrafen 26 846 Kronen; ausgewiesen wurden 18 Genossen. Versammlungen durften in mehr als 200 Gemeinden überhaupt nicht abgehalten werden. Vom Juni bis Dezember 1899 wurden 18 Artikel der „Népszava" konfiszirt. Die Feldarbeiter-Bewegung hat seit 1896 einen mächtigen Aufschwung genommen, ist aber seither hauptsächlich infolge der andauernden wirthschaftlichen Krise und der damit verbundenen zunehmenden Arbeitslosigkeit zurückgegangen. An Bildungs-, Gesang- und allgemeinen Arbeiter-Vereinen bestehen in Budapest 11 und zwar 6 ungarische, 2 deutsche, 1 polnischer, 1 italienischer, 1 czechischer.

Die Sozialdemokraten Australiens senden ein Begrüßungsschreiben und fügen einen ausführlichen Bericht über die kapitalistische Entwicklung der Zustände in der Industrie wie Landwirthschaft bei, sie weisen namentlich darauf hin, daß dort große landwirthschaftliche Syndikate beständen, die, in den Händen englischer Kapitalisten, die Bauern und Arbeiter aufs schändlichste ausbeuten. Es sei darum auch hauptsächlich Aufgabe der Gewerkschaften, für soziale Reformen zu agitiren und ihre Mitglieder mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, sowie ihre ganze Agitation unter dem sozialistischen Gesichtspunkte zu betreiben.

Furnemont (Belgien): Im Anschluß an den Beschluß der Vormittags-Sitzung, der für die internationale Einigung von so hohem Werthe sei, beantrage er, am Freitag nach Schluß der Sitzungen in corpore nach dem Père Lachaise zu marschieren, um an der Mauer der erschossenen Kommunekämpfer einen Kranz niederzulegen. Neben den praktischen Aufgaben dürfen wir den revolutionären Geist nicht vernachlässigen und deshalb müssen wir alle die Gedenktage feiern, aus deren Erinnerung das Proletariat neuen Muth und neue Begeisterung schöpfen kann.

Da bereits am Freitag Nachmittag die Sitzungen des französischen Einigungs-kongresses beginnen, findet diese Demonstration am Freitag Vormittag statt.

Nach einer kurzen Pause gelangt Punkt 2:

Internationale Gesetzgebung behufs Begrenzung der Arbeitszeit, Diskussion über die Möglichkeit eines Minimallohns in den verschiedenen Ländern

zur Verhandlung, über dessen ersten Theil Wurm referiert.

Wurm: Die Kommission hat sich mit der Frage beschäftigt, ob und wie die Arbeitszeit verkürzt und wie diese Verkürzung festgelegt werden könne. Sie ist zu demselben Resultat wie der Pariser Kongreß von 1889 gekommen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß durch Gesetz festgelegt werden, wenn sie einen Nutzen für die Arbeiter haben soll. Sie ist nothwendig nicht bloß zum Schutz der gegenwärtigen, sondern mehr noch der kommenden Generationen. 1889 forderte der Kongreß als vorläufiges Mindestmaß der Arbeitszeit den Achtstundentag. Damit sollte aber natürlich nicht ausgedrückt sein, daß die Arbeitervertreter in den Parlamenten nicht für Uebergangs-Bestimmungen mit längerer Arbeitszeit eintreten dürfen, weil wir prinzipiell den Achtstundentag fordern. Die Verkürzung der Arbeitszeit kann nicht allein durch die politische Aktion und nicht allein auf gewerkschaftlichem Wege erreicht werden. Nur wenn Gewerkschaften und politische Organisation Hand in Hand für dasselbe Ziel kämpfen, wird es errungen werden. (Bravo.) Die Kommission hat einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Der Kongreß erklärt: ebenso wie die früheren Kongresse, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, so wie sie vom Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris 1889 beschlossen wurde, fortgesetzt der Gegenstand der unaufhörlichen Bestrebungen aller Arbeiter sein muß; und erklärt ferner, daß die Dauer der täglichen Arbeitszeit festgesetzt werden muß durch das Gesetz auf das vorläufige Höchstmaß

von 8 Stunden für die Arbeiter aller Länder und Berufe; er verpflichtet die Arbeiterorganisationen, darauf zu dringen, daß diese Reform nach und nach eingeführt wird, indem das politische und gesetzgeberische Vorgehen sich mit dem der Gewerkschaften vereinigt.

Frau **Zietz:** Im Auftrage der sozialistischen Frauen Deutschlands habe ich unsere volle Zustimmung zu dieser Resolution zu erklären, sowohl was die Verkürzung der Arbeitszeit als deren gesetzliche Festlegung anbetrifft. Es wird auch von uns sozialistischen Frauen begrüßt, daß man mit der gesetzlichen Einschränkung der Arbeitszeit bereits den Anfang gemacht und damit anerkannt hat, daß man von einer wirthschaftlichen Freiheit des Weibes nicht sprechen kann, solange man es nicht gegen die wirthschaftliche Ausbeutung geschützt hat. Es sei eine Binsenwahrheit, daß das Weib niemals so geknechtet gewesen sei als unter der Herrschaft des Kapitalismus, niemals sei ihre geistige und körperliche Kraft so vollständig absorbirt worden, so daß die Gefahr völliger Entartung drohe, wenn nicht endlich durch die Gesetzgebung weitgreifender Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen gewährt werde. Mit dem Beschlusse des letztjährigen deutschen Parteitags, daß den Frauen höherer Schutz gewährt werden müsse, seien sie völlig einverstanden. Sie wüßten, daß die vielgerühmte „Würde des Weibes", die vielgepriesenen „Tugenden des Weibes", ihre Bedürfnißlosigkeit, Bescheidenheit, ja sogar ihre Mutterliebe unter der Herrschaft des Kapitalismus ihr zum Verderben gereichen und nur gerühmt würden, um die rentable Arbeitskraft des Weibes noch intensiver ausbeuten zu können. Die sozialistischen Frauen haben auch erkannt, daß dieser Schutz nicht nur im Interesse der Frauen liege, sondern in dem der gesamten Arbeiterklasse; wenn die Frau geschützt werde als Arbeiterin, dann sei sie auch geschützt als Frau, als Mutter. Ihr wirthschaftlicher Schutz sei auch die nothwendige Voraussetzung ihrer politischen Befreiung — deshalb müsse die Frau auch theilnehmen an dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse, und zu dem Zweck müsse ihr sowohl auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete Bewegungsfreiheit gegeben werden. (Stürmischer Beifall.)

Champy (Allemanist) unterstützt diese Resolution und weist auf die Erfahrung hin, die in den Ländern gemacht worden seien, wo der Achtstundentag bereits eingeführt sei. Da sei der Beweis erbracht worden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von der Industrie ohne Weiteres getragen werden könne.

Die Resolution findet einstimmige Annahme.

Ueber die Frage des Minimallohns referirt der Belgier

Guede: Die Diskussion in der Kommission war lebhaft, leider aber auch manchmal etwas zerfahren. Zwei Meinungen standen sich schroff gegenüber, die der Engländer, welche für die gesetzliche Festlegung des Minimallohns eintreten, und die der Deutschen, welche das für unmöglich hielten und für im Widerspruch stehend mit der sozialistischen Auffassung. Darüber herrschte Uebereinstimmung, daß, wenn eine gesetzliche Festlegung möglich sein soll, dies zur Voraussetzung habe große, starke, einflußreiche Gewerkschaften. Damit ist für die Arbeiter die Pflicht gegeben, ungesäumt zur Gründung und zum Ausbau von gewerkschaftlichen Organisationen zu schreiten. Ein weiterer Streit entspann sich über die Höhe des Minimallohns. Bei der Verschiedenheit der Lebenslage, der Lebensmittelpreise u. s. w. müsse der Minimallohn in den verschiedenen Ländern, bezw. sogar Städten ein verschiedener sein. Dagegen war die Kommission darüber einig, daß sehr wohl die verschiedenen Behörden in Staat und Gemeinde es in der Hand hätten, bei Ausschreibung öffentlicher Arbeiten bestimmten Minimallohn, unter allen Umständen aber die Anerkennung der von den Gewerkschaften errungenen Löhne unter die Submissionsbedingungen zu nehmen. Die Kommission schlägt folgende Resolution vor:

Der Kongreß erklärt: daß ein Lohnminimum festzusetzen nur dann möglich sei, wenn dies durch starke Gewerkschaften geschieht, daß eine Lohnstufe nicht allgemein und gleich für alle Länder festgesetzt werden könne, und daß sie in jedem Falle im Verhältniß stehen müsse zu dem, was auf breitester Grundlage zur Existenz nöthig sei; — er verpflichtet die Arbeiter, auf die Einführung dieser Reform zu dringen und Mittel und Wege zu ihrer Erlangung zu suchen, die der wirthschaftlichen und industriellen Lage ebenso entsprechen, wie der politischen und administrativen jeder Gegend; — er empfiehlt in erster Linie, um zu diesem Resultat zu gelangen, auf die Staatsgewalt und die öffentlichen Verwaltungen, die das Lohnminimum einzuführen im Stande sind, hinzuwirken, daß sie direkt bei den öffentlichen Arbeiten das Lohn-

minimum zahlen, wie auch die Unternehmer, denen sie öffentliche Arbeiten übertragen, dazu verpflichten.

Molkenbuhr: Ich habe mich in der Kommission gegen den Minimallohn ausgesprochen, nicht deshalb, weil ich nicht jedem Arbeiter ausreichenden Lohn gönnte, sondern weil ich glaube, daß diese Frage nicht durch die Staatsgesetzgebung und am wenigsten international geregelt werden kann. (Sehr richtig!) Vor hundert Jahren hat diese Forderung in Paris eine bedeutende Rolle gespielt. Man glaubte, durch die Festsetzung eines Maximums der Lebensmittelpreise die Noth beseitigen zu können. Man vergaß, daß der Lohn so sinken kann, daß er auch nicht ausreicht, gesetzlich festgesetzte Lebensmittelpreise zu bezahlen. Heute sollen wir einen Minimallohn fordern, ohne daß wir auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise einwirken können. Und wie soll dieser Minimallohn festgesetzt werden? Von den Engländern war in der Kommission eine bestimmte Summe genannt worden. In Rußland und Ostelbien mag diese Summe fabelhaft hoch erscheinen; in einzelnen Städten Amerikas würde sie nicht ausreichend sein. Eins aber giebt es, was verlangt werden kann. Wo die Gewerkschaften einen Minimallohn errungen haben, müssen wir fordern, daß dieser Lohn von den Behörden bei allen Arbeiten, die sie ausführen, bezahlt oder den Unternehmern aufgelegt werde, wenn öffentliche Arbeiten im Submissionswege vergeben werden. Ganz allgemein betrachtet, müssen wir als Sozialdemokraten nicht nur ein Existenzminimum für diejenigen, die arbeiten, fordern, sondern für jeden Menschen, auch wenn er ohne Arbeit ist. (Sehr richtig!) Die ganze Frage ist nicht eine Frage für internationale, sondern für nationale Kongresse und noch mehr für die Gewerkschaften. (Beifall der Deutschen.)

Wurm erklärt, daß der Widerspruch der Deutschen in der Kommission gegen die Resolution sich aus einer ungenauen Uebersetzuug erkläre. Für den jetzt vorliegenden Wortlaut würden auch die Deutschen stimmen.

Die Resolution über den Minimallohn wird ohne Widerspruch angenommen.

Es folgt die Berathung über Punkt 10: Die Maifeier. Referent ist

Bömelburg-Hamburg: Bisher haben alle internationalen Kongresse seit 1889 sich mit der vorliegenden Frage beschäftigt. Die Kommission war der Meinung, daß heute kein Grund zur Aenderung des Brüsseler und Londoner Beschlusses vorliege. Sie schlägt daher einstimmig folgende Resolution vor:

„Der Internationale Kongreß zu Paris 1900 schließt sich bezüglich der Feier des ersten Mai den Beschlüssen früherer Kongresse an. Er erblickt in der Maifeier eine wirksame Demonstration für den Achtstundentag und in der Arbeitsruhe die wirksamste Form der Demonstration."

Zwei Nationen verlangten völlige Arbeitsruhe. Die Mehrheit lehnte eine Verschärfung der Resolution ab, weil die Voraussetzung zur Durchführung völliger Arbeitsruhe: starke Gewerkschaften, noch fehle. Es muß daher überall für Stärkung der Gewerkschaften agitirt und die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitern mehr als bisher vor Augen geführt werden. (Bravo!)

Nach Befürwortung einer schärferen Fassung durch Jounod (Franzose) nimmt der Kongreß die Resolution einstimmig an.

Der Kongreß wendet sich nun dem dritten Punkt seiner Tagesordnung zu:

Nothwendige Bedingungen für die Befreiung der Arbeit: a) Organisation und Bethätigung des Proletariats als Klassenpartei; b) politische und wirthschaftliche Enteignung der Bourgeoisie; c) Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel.

Referent **Ellenbogen**-Wien: Man konnte Anfangs erstaunt sein, daß diese Frage überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Ist diese Frage doch nichts Anderes als die Frage nach der Verwirklichung des Sozialismus. Es ist aber vielleicht geschehen, um manche Unklarheiten in den Reihen der Arbeiter selbst zu beseitigen. So wenig wie in der Kommission können wir uns hier auf theoretische Diskussionen einlassen. Hauptaufgabe der Sozialdemokratie ist es, das Proletariat zum Bewußtsein seiner Klassenlage und seiner politischen Macht zu erziehen. Diese Arbeit ist mühselig, aber sie muß ernst, sachlich gethan werden. Wir können nicht für alle Länder die gleiche Formel vorschlagen, weil die Taktik in den einzelnen Ländern verschieden sein muß. Selbstverständlich darf die Sozialdemokratie nicht in den Wolken schweben, sondern muß zu allen

Fragen des Tages und der Kultur Stellung nehmen. Unsere Resolution betont mehr als früher die Bedeutung des Genossenschaftswesens, den Kampf für kleinere Reformen, wie Hilfskassen-, Krankenkassen-Gesetze, aber alle diese Kämpfe dürfen nicht getrennt für sich geführt werden, sondern nur auf dem gemeinschaftlichen Marsche zum Endziel. Wir dürfen diese Befreiung der Arbeiterklasse nicht erwarten von plötzlichen Ereignissen, sie ist das Produkt organischer Entwickelung, die wir Tag für Tag vor uns sich vollziehen sehen. Immer mehr sehen wir die Herrschaft der Bourgeoisie zusammenbrechen, die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, das Proletariat für diesen Augenblick des gänzlichen Zusammenbruchs zu erziehen, damit es groß, frei und zielbewußt dasteht. (Lebhafter Beifall.) Die Kommission schlägt Ihnen folgende Resolution vor:

„Das moderne Proletariat ist das nothwendige Produkt der kapitalistischen Produktionsweise, die eine ausbeutungsfähige, also wirthschaftlich und politisch geknechtete Arbeitermasse nöthig hat. Seine Erhebung und Befreiung kann nur im Gegensatz zu den Trägern dieser Wirthschaftsweise, die vermöge der ihr immanenten Gesetze zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel führt, erfolgen, und das Proletariat muß daher der Kapitalistenklasse als Arbeiterklasse kämpfend gegenübertreten. Der Sozialdemokratie, die die Aufgabe der Formirung des Proletariats als einer Armee des Klassenkampfs übernommen hat, obliegt es vor Allem, die Arbeiterschaft in ernster und unermüdlicher Arbeit zum Bewußtsein ihres Klasseninteresses und ihrer Macht als Klasse zu erziehen, und lieber alle dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel anzuwenden, die die politische und soziale Situation ihr jeweils an die Hand giebt, soweit sie der Erreichung dieses Zieles förderlich sind. Unter diesen Mitteln weist der Kongreß insbesondere auf die politische Thätigkeit, das allgemeine Wahlrecht und die Organisation der Arbeiterklasse in politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Gruppen, in Bildungsvereinen, freien Hilfskassen u. s. w. hin, und fordert die Sozialisten aller Länder auf, dahin zu wirken, daß diese verschiedenen Organisationsformen, die zugleich Mittel der Erziehung und des Kampfes sind, so viel als möglich mit einander Hand in Hand gehen, damit dadurch die Macht der Arbeiterklasse fortschreitend vermehrt werde und diese die Fähigkeit erlangen, die politische und wirthschaftliche Expropriation der Bourgeoisie und die Vergesellschaftlichung der Produktion durchzuführen."

Um $6^1/_2$ Uhr wird die Sitzung vertagt. Vorher fand noch eine heftige Geschäftsordnungs-Debatte statt; ein Theil der Franzosen erhob gegen die „schwächliche Form" der Resolution Widerspruch und verlangte vorherige Drucklegung der Resolution, ehe darüber abgestimmt werde, damit man den genauen Wortlaut kennen lerne. An den Vorwurf des Bureaus, daß ihm keine Mittel zur Drucklegung der Resolution zur Verfügung stehen, knüpfte sich eine heftige Diskussion über die mangelhafte Art, mit welcher die ganzen Vorarbeiten des Kongresses Seitens des Organisationskomitees gethan worden seien.

Vierter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 26. Septemper. — Vormittags-Sitzung.

Als Präsidenten fungiren Vandervelde-Brüssel und Adler-Wien. Die Verhandlungen beginnen mit der Fortsetzung der Debatten über Punkt 3.

Um den Nationen, deren Delegation aus verschiedenen Organisationen bestehen, welche in Auffassung über die zur Entscheidung stehenden taktischen Fragen auseinander gehen, eine Abstimmung zu ermöglichen, ohne daß die Minderheit sich als majorisirt betrachten müßte, schlägt das Bureau vor, jeder Nation 2 Stimmen zuzugestehen; sofern die Nationen einig sind in der Abstimmung, sollen sie natürlich auch 2 Stimmen abgeben.

Aus Italien sind noch 2 Delegirte eingetroffen, so daß die italienische Delegation aus 16 Mitgliedern besteht.

Ellenbogen erklärt, daß der gestrige Widerspruch eines Theiles der Franzosen gegen die Resolution zu Punkt 3 vielleicht daraus sich erkläre, daß in der französischen Uebersetzung sich mehrere Fehler eingeschlichen hätten, die auf eine Abschwächung des Gedankens hinauslaufen. Er konstatire, daß in der Kommission die Annahme der Original-Resolution einstimmig erfolgt sei, auch von Lafargue, dessen Freunde gegen die schwächliche Fassung der Uebersetzung

sich gestern gewandt und daher die vorherige Drucklegung verlangt haben, um sich über den Sinn derselben klar zu werden.

Lafargue bestätigt diese Darlegung; in der Kommission war man sich darüber klar und einig, daß es heute sich für sie nicht mehr darum handeln könne, sozialistische Theorien zu studiren, sondern darum, die allgemein anerkannten Prinzipien zur Durchführung zu bringen. Deshalb hat die Kommission es auch abgelehnt, alle die Streitfragen zu diskutiren, die vor Jahresfrist in der deutschen Bewegung durch Bernstein aufgerollt worden sind, wie z. B. die Bedeutung des Genossenschaftswesens. Ein Mitglied hat allerdings die Genossenschaften als ein Mittel gepriesen, die Expropriateure zu expropriiren. Diese Auffassung ist aber charakteristischerweise sofort von einem belgischen Delegirten zurückgewiesen worden, der an der Hand der belgischen Erfahrungen erklärte, sie könnten nichts sein als ein Mittel, das Proletariat zum Klassenkampf zu erziehen und für diesen Kampf die nothwendigen materiellen Mittel zu liefern. Auch über den Werth der Produktiv-Genossenschaften sind auseinandergehende Meinungen geäußert worden; auch sie hat man als Mittel zur Einführung des Sozialismus angesehen; man ist sogar in der Praxis schon soweit gegangen, gegen das Milliarden-Unternehmen Schneiders in Creuzot eine Kanonen-Produktivgenossenschaft zu gründen. Fest steht, daß in der heutigen Gesellschaft die Produktivgenossenschaften denselben Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen sind wie die Privatbetriebe. Die Kommission hat aber einstimmig beschlossen, diese Frage den einzelnen Ländern zur Entscheidung zu überlassen nach Maßgabe ihrer politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse. Deshalb bitte auch er, die vorliegende Resolution einstimmig anzunehmen.

Kritschewski-Paris (russische Delegation) erklärt Lafargues Urtheil über die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung als dessen persönliche Auffassung, wenn er die Genossenschaft sogar als eine Gefahr für die sozialistische Bewegung erkläre. Weiter beantragt er, um zu vermeiden, daß über die Auffassung der Kommission bezw. des sozialistischen Endziels etwa Verwirrung entstehe, ausdrücklich hinzuzufügen, daß alle die in der Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen nur zu betrachten seien als Mittel, die Arbeiterklasse zu befähigen, ihr Endziel zu erreichen: die Kapitalistenklasse politisch und wirthschaftlich zu expropriiren und die sozialistische Gesellschaft aufzurichten.

Fribourg (Frankreich): Die Angaben Lafargue's über die „genossenschaftliche Kanonenfabrik zu Creuzot" sind falsch. Der Irrthum ist umso unverständlicher, als in dem Aktionskomitee dieser Genossenschaft seine Organisation auch durch mehrere Delegirte vertreten war. (Hört! hört!)

Ellenbogen erklärt sich gegen das Amendement Kritschewski, das schon in der Kommission als überflüssig abgelehnt worden sei.

Bei der Abstimmung fällt das Amendement Kritschewsky, die Kommissions-Resolution wird mit allen gegen eine Stimme angenommen, ferner folgender vom Pariser Deutschen Leseklub und den Italienern gestellte Zusatzantrag:

> Die Sozialisten aller Länder verpflichten sich, dahin zu wirken, daß in ihren Ländern die Ausländer das gleiche Koalitionsrecht erhalten wie die Inländer und dafür mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreten.

Nunmehr gelangt zur Berathung Punkt 9:

Die Eroberung der staatlichen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien.

Referent der Mehrheit ist Vandervelde, Minoritätsredner Ferri. Bei der Wichtigkeit dieser Frage glaubt das Bureau mit diesem Vorschlag allen etwaigen Bedenken der Minorität bezüglich der Berichterstattung gerecht geworden zu sein.

Vandervelde: Ich will mich bemühen, meinen Bericht über die Kommissionsverhandlungen und ihre Beschlüsse ganz objektiv zu gestalten. (Die Franzosen sind bei der Uebersetzung der Rede ins Deutsche so unruhig, daß die Uebersetzerin, Frau Zetkin ihnen zurufen muß: Haben denn die Deutschen kein Recht, diese ausgezeichnete Rede kennen zu lernen? Vergessen die Franzosen ganz ihren ersten Ruhmestitel, die Höflichkeit gegen Frauen? Stürmischer Beifall.) Der Kommission lagen verschiedene Resolutionsentwürfe von Guesde, Ferri und Kautsky vor. Schließlich wurde Kautsky beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten, die als Grundlage für die Verhandlungen gedient hat. Ueber zwei Fragen hatte sich die Kommission schlüssig zu machen: 1. über die Frage der Wahlbündnisse und 2. über die Antheilnahme eines einzelnen Sozialisten an

einem bürgerlichen Ministerium. Die Diskussion über die erste Frage konnte sehr kurz sein. Sie hat schon verschiedene internationale Kongresse beschäftigt. Einstimmig schloß sich die Kommission einer Resolution Guesdes an, die mit der Resolution übereinstimmt, die der Nationalkongreß der französischen Arbeiterpartei zu Ivry jüngst angenommen hat:

Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien dürfen nicht dauernd sein, sonst verstoßen sie gegen das Grundprinzip der Partei, den Klassenkampf. Nur in Ausnahmefällen und auf beschränkte Zeit ist vereintes Marschiren mit bürgerlichen Parteien zulässig.

Die Kommission war wie gesagt, darin einig, daß Wahlbündnisse nur unter außerordentlichen Umständen zulässig sein sollen. Die Frage ist aber, wann sind diese Umstände so gelagert, daß es Thorheit wäre, solche vorübergehende Bündnisse nicht abzuschließen. Ferri hat den Gedanken in folgendes Bild gekleidet: Wenn drei Reisende verschiedener Nationalität, verschiedener politischer Gesinnung und verschiedenen Glaubens durch einen gefährlichen Wald ziehen und von Wegeräubern überfallen werden, dann werden sie sich zusammenschließen und die Straßenräuber in die Flucht schlagen. (Bravo!) Die Sozialisten müssen mit bürgerlichen Parteien zusammengehen, wenn bestimmte Gefahren auf politischem Gebiete drohen. Ein Bündniß mit bürgerlichen Parteien ist nothwendig, wenn es, wie in Italien, die Vertheidigung der politischen Freiheit gilt, nothwendig, wenn es sich, wie in Frankreich, um die Vertheidigung der menschlichen Persönlichkeit handelt, nothwendig, wenn wie in Belgien und Oesterreich die Eroberung des Wahlrechts das Ziel ist. Aber solche Wahlbündnisse sind immer gefährlich und müssen auf ein Minimum beschränkt werden. Die zweite Frage, der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium, war nicht so leicht zu beantworten. In der Kommission überwog die Auffassung, daß diese Frage für alle Nationen mit Ausnahme der Franzosen eine reine Doktorfrage (sehr richtig!) und durchaus lokaler Natur wäre.

Zwei Resolutionen standen sich gegenüber, eine Resolution Kautsky und eine Resolution Ferri-Guesde. Die Resolution Ferri untersagt formell den Eintritt eines Socialisten in ein bürgerliches Ministerium. Die Resolution Kautsky macht den Eintritt von bestimmten Bedingungen abhängig und lautet:

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen demokratischen Staate nicht das Werk eines bloßen Handstreichs sein, sondern kann nur den Abschluß einer langen und mühevollen Arbeit der politischen und ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner physischen und moralischen Regenerirung und der schrittweisen Eroberung von Wahlsitzen in Gemeindevertretungen und gesetzgebenden Körperschaften bilden.

Aber die Eroberung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie zentralisirt ist, nicht stückweise erfolgen. Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Nothbehelf in einer Zwangslage sein.

Ob in einem gegebenen Falle eine solche Zwangslage vorhanden ist, das ist eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips. Darüber hat der Kongreß nicht zu entscheiden. Aber auf jeden Fall kann dieses gefährliche Experiment nur dann von Vortheil sein, wenn es von einer geschlossenen Parteiorganisation gebilligt wird und der sozialistische Minister der Mandatar seiner Partei ist und bleibt.

Wo der sozialistische Minister unabhängig von seiner Partei wird, wo er aufhört, der Mandatar seiner Partei zu sein, da wird sein Eintritt in das Ministerium aus einem Mittel, das Proletariat zu stärken, ein Mittel, es zu schwächen, aus einem Mittel, die Eroberung der politischen Macht zu fördern, ein Mittel, um sie zu verzögern.

Der Kongreß erklärt, daß ein Sozialist ein bürgerliches Ministerium verlassen muß, wenn die organisirte Partei erklärt, daß es Parteilichkeit im ökonomischen Kampf zwischen Kapital und Arbeit bewiesen hat.

Zu dieser Resolution hat Plechanow noch ein Amendement gestellt, welches dahin ging, daß ein sozialistischer Minister in einem bürgerlichen Ministerium nicht verbleiben könne, wenn die organisirten Parteigenossen dem nicht zustimmten, und daß er nur in ein solches bürgerliches Ministerium eintreten könne, das in allen Kämpfen zwischen Arbeitern und Kapitalisten den Standpunkt unbeugsamer Neutralität wahre. Die Kommission hielt dieses

Amendement für die kluge Konsultation eines ausgezeichneten Theoretikers, den in unsern Reihen zu besitzen wir uns zur hohen Ehre schätzen.

Was nun die Frage des Eintritts eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium betrifft, so war es die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Kommission, daß es nicht die Aufgabe des Kongresses sei, hier eine Zustimmung oder Billigung auszusprechen. Wir müssen hier beruhigend, versöhnend, einigend zwischen den beiden differentirenden Richtungen wirken. Freilich, wenn wir nicht einen internationalen, sondern einen französischen Nationalkongreß hätten, so bin ich keinen Augenblick im Zweifel darüber, wie die Entscheidung fallen würde über die Millerand-Frage: Wie hoch immer die moralischen und geistigen Fähigkeiten des Betreffenden sein mögen, wie vortrefflich auch die Gründe für den Eintritt, ich würde dennoch sagen: Millerand hat einen Fehler gemacht. Die Schäden, die dieser Eintritt in das bürgerliche Ministerium für die Arbeitersache im Gefolge hatte, sind verhängnißvoll und größer, sie überwiegen bei Weitem die Vortheile. Millerand hat die persönliche Verantwortung für eine Regierung übernommen, die in den Kämpfen der Arbeiter gegen ihre wirthschaftlichen Ausbeuter keine Neutralität gehalten hat, und auch noch einen weiteren Fehler hat er damit gemacht, jetzt zu bleiben, gegen den ausgesprochenen Willen einer großen Fraktion der französischen Sozialisten.

Vielleicht ist manchem Sozialisten die Resolution zu vag, zu unbestimmt, aber wir konnten nicht präziser sein, wenn wir nicht einen weiteren Anlaß zur Zersplitterung geben wollten. Wir waren der Meinung: Unbeugsam im Prinzip, die Taktik aber ist Sache der einzelnen Länder. Was die Kommission von den Genossen der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten) trennte, war: für uns ist die Frage des Eintritts eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium eine Frage der Taktik, für jene ist sie eine Frage des Prinzips. Das ist nach unserer Auffassung freilich ein Widerspruch mit der Auffassung, die unsere Freunde sonst haben über die Eroberung der politischen Macht. Sie vertreten sonst den Standpunkt, daß es Pflicht der Sozialisten sei, in Staat und Gemeinde diese Macht zu erobern, wo immer es mit dem Stimmrecht möglich ist; sie kämpfen für die Besetzung des Bürgermeisterpostens durch Sozialisten zum Beispiel in Lille, aber in Paris wollen sie dem Minister die Thür verschließen. Die Kommission aber war der Meinung, daß zwischen politischer und administrativer Gewalt kein wesentlicher Unterschied sei. In einem wirklich konstitutionellen Lande könnte ein Sozialist nur als Mitglied der Partei in ein Ministerium eintreten, nur als Vertreter seiner Partei, als deren Beauftragter.

Auer hat in der Kommission allen aus dem Herzen gesprochen, als er sagte: „In einem Lande wie Deutschland giebt es keinen Sozialisten, der so dumm wäre, in ein Ministerium ohne Auftrag der Partei einzutreten. Thäte er es dennoch, so würde er sofort aus der Partei ausgeschlossen werden.“ Unser Kongreß ist aber kein Gerichtshof und kein Konzil zur Exkommunikation. In überwiegender Mehrheit war die Kommission der Meinung, ein solches Mandat müsse jeden Augenblick widerrufen werden können und auf Verlangen der Partei müsse der sozialistische Minister sofort austreten. Dieser Augenblick sei dann gekommen, wenn der Minister in solch kompromitirliche Nachbarschaft gerathe, daß sein Verbleiben zu parlamentarischen Irrungen und Wirrungen unter den sozialistischen Abgeordneten führe. Jaurès hat gestern über den Fall Millerand das treffende Wort geäußert, er sei nur eine Episode, eine Zufälligkeit, die nicht aus der normalen Entwickelung der Parteiverhältnisse sich erkläre.

Vandervelde schließt: Es giebt nicht einen Sozialisten, der nicht den Werth der Reformen anerkennt, die Millerand durchgesetzt hat. Aber diese Reformen dürfen nicht überschätzt werden gegenüber dem großen Kampfe um das Endziel. Der Weg ist dornig, steinig, vielleicht ein Weg nach Golgatha, er erfordert Tausende von Opfern, aber er muß gegangen werden. Wir können aber die öffentlichen Gewalten aus eigner Kraft nur erobern, wenn das Proletariat sich wie die Cimbern mit eisernen Ketten aneinanderschließt. Dann wird es reif sein, seine historische Mission zu erfüllen, und die Regierung zu ergreifen und der Bourgeoisie zuzurufen: Jetzt ist das Haus mein! Hinaus mit Euch! (Stürmischer langanhaltender Beifall).

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Ferri begründet nachstehende Minoritäts-Resolution Guesde.

Der fünfte Internationale Kongreß zu Paris erklärt wiederholt, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, gleichviel ob sie auf friedlichem oder gewaltsamem Wege erfolgt, die politische Expropriation der Kapitalistenklasse bedeutet.

Sie läßt deshalb die Theilnahme am Bourgeoisregiment dem Proletariat nur in der Form der Eroberung von Mandaten aus eigner Kraft auf dem Boden des Klassenkampfs zu und untersagt jede Theilnahme der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen, denen gegenüber die Sozialisten auf dem Standpunkt unbeugsamer Opposition stehen bleiben müssen.

Als Vertreter der Minorität führt Ferri aus: Die schwankende Haltung der Kommission ist ein Symptom einer bestimmten geistigen Verfassung, die gegenwärtig sich im modernen Sozialismus zeigt; in Frankreich nennt sie sich Fall Millerand; in Italien: autonome Taktik; in Deutschland: Resolution Bebel zur Frage der Landtagswahlbetheiligung. Der Kongreß kann mit dem Kautschuk der Kautskyschen Resolution nichts anfangen. Es muß eine Resolution angenommen werden, die eine feste Regel giebt. Bei der Regelung der französischen Streitfragen dürfen die großen Verdienste der französischen Marxisten nicht vergessen werden, die 20 Jahre lang gearbeitet haben, die klaren Ideen Marx's zur Geltung zu bringen. Doch tritt bei ihnen die Tendenz zu Tage, sich zu „versteinern" innerhalb bestimmter Dogmen, die nicht von Marx herrühren, sondern von seinen Auslegern. Es ist das Verdienst der Richtung Jaurès, in dem Kampf des modernen republikanischen Frankreichs in der Affaire Dreyfus gegen das Frankreich des Mittelalters, repräsentirt durch Klerikalismus und Militarismus, die Führung übernommen zu haben, während die Guesdisten thatenlos bei Seite standen. Andrerseits aber hat Jaurès durch seine Parteinahme für Millerand einen Fehler begangen. Hoffentlich kommt es dennoch zu einer dauernden Einigung zwischen beiden Richtungen. Die Bourgeoisie wendet je nach der Entwickelung des Sozialismus verschiedene Methoden zu seiner Bekämpfung an. Der Säugling Sozialismus wird von ihr verleumdet und verspottet, das Kind mit reaktionären Maßregeln verfolgt, den Jüngling Sozialismus aber sucht sie zu hypnotisiren und vom Pfad der Tugend abzubringen. (Große Heiterkeit.) Sie ist wie eine Schwiegermutter, die gern ihre Tochter verheirathen möchte. (Stürmische Heiterkeit.) Die Tochter wird geschminkt und herausgeputzt, sie macht Avancen, und wenn der Jüngling durch ihr Entgegenkommen eingefangen ist, dann wird er ein zahmer, gebundener, unglücklicher Ehemann. (Erneute Heiterkeit.) Von diesem Standpunkt aus muß man die Aufnahme eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium betrachten. Symptome derselben Methode machen sich jetzt auch in Deutschland bemerkbar. So erklärt sich der Beschluß, sich an den Landtagswahlen in Preußen zu betheiligen. Die Resolution Kautsky ist aus Wenn und Aber zusammengesetzt, sie hat ihr Hinterthürchen. Durch sie wird der Wiederkehr eines Falles Millerand zwar die Thür geschlossen, aber das Fenster geöffnet. Das Prinzip wird auf ein Plakat geschrieben und gerettet, in der Praxis aber ist Alles erlaubt. Wohl wird von einem „gefährlichen" Experiment gesprochen, aber man wird sagen: Wir sind so muthige Kerle, daß wir es doch riskiren! Die Resolution empfiehlt eine Bourgeoisie-Taktik mit sozialistischen Prinzipien. Damit kommen wir auf eine schiefe Ebene. Es giebt keinen Unterschied zwischen Taktik und Prinzip. Die Praktik soll nur angewandte Theorie, die Theorie nur allgemeine Praktik sein. Wohin wir kommen, zeigt die Thatsache, daß im französischen Parlament kein Sozialist gegen den Chinazug protestirt hat, ja, daß sie sogar die Kredite für diesen Raubzug bewilligt haben. (Der sozialistische Abgeordnete Sembat widerspricht dieser Behauptung.)

Auch die Guesdesche Resolution über die Wahlbündnisse ist nicht bestimmt genug, aber sie ist doch festerer Kautschuk. Die Enttäuschung, die die Taktik mit sich bringen muß, wie sie die Kautsky'sche Resolution empfiehlt, wird nicht auf sich warten lassen. Binnen Kurzem würden die sozialistischen Parteien in allen Ländern zu der bewährten kompromißfreien Taktik zurückkehren, ohne doch in Formeln zu erstarren. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß die Franzosen sich einigen werden, da es keine Sieger und keine Besiegte in diesem Kampf giebt. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag Hyndman wird die Redezeit für die Diskussionsredner auf 10 Minuten, für die Referenten auf 20 Minuten festgesetzt.

Jaurès: Meine Worte geben nur meine persönliche Auffassung und die der von mir vertretenen Gruppen wieder. Ueber die Wahlbündnisse will ich mich nicht unnöthig breit auslassen. Alle sozialistischen Parteien haben bereits Wahlbündnisse abgeschlossen entweder zur Vertheidigung der politischen Freiheiten, der Sicherung des Wahlrechts, oder zur Erzwingung von Sozialreformen. Nichts anderes thaten die Franzosen in der Dreyfus-Affaire, als sie gegen die Lüge, den Klerikalismus, den Militarismus die Liberalen unterstützten, ihnen nicht allein die Ehren eines solchen Kampfes überließen. Genau dasselbe thaten die Deutschen bei der lex Heinze, mit Künstlern und Gelehrten zusammen vertheidigten sie Kunst und Wissenschaft und erreichten damit, daß das Vaterland Goethes nicht zu einem Vaterland Etzels geworden ist. (Stürmischer Beifall.) Und in der Frage der Landtagswahlbetheiligung hat die Partei jetzt sogar die Wahlpflicht beschlossen. In Italien verbündeten sich unsere Genossen mit den Republikanern, in Belgien mit den Liberalen und hier sogar, als es sich nicht einmal um das allgemeine Wahlrecht handelte, sondern nur darum, das Plural-Wahlrecht nicht verschlechtern zu lassen. Eine Erklärung für die im sozialistischen Lager über die Zulässigkeit von Wahlbündnissen herrschende Verwirrung liegt vielleicht darin, daß man vielfach nicht den Muth hat, sich zu gestehen, daß die Verhältnisse sich geändert haben, und ein Spiel mit Worten treibt, während die Sache bei uns feststeht. Ich schäme mich der neuen Taktik nicht.

Vandervelde hat heute früh die Millerand-Frage für eine rein französische erklärt. Gewiß! Heute ist — sie und das ist vielleicht bedauerlich — nur in Frankreich möglich. Es ist die höhere Entwickelung der Demokratie, die sie bei uns möglich machte. Allmälig wird sie in allen konstitutionellen Ländern sich aufdrängen. Nun sagt man: Millerand durfte das Portefeuille nicht annehmen, weil er es aus den Händen des Präsidenten und nicht der Wähler erhalten habe. Aber wirken wir denn nicht auch bei der Präsidentenwahl durch unsere Deputirten, die unsere Wähler gesandt haben, mit? (Ein Guesdist ruft: Das ist eine Provokation! Lärm.) (Zustimmung und Proteste.) Ich höre hier Proteste, als ob wir auf einem Nationalkongreß wären! (Beifall und Heiterkeit.) Die fremden Delegirten werden, wenn sie die Berichte meiner Rede lesen werden, darüber erstaunen, daß die einfache Konstatirung einer Thatsache schon eine Provokation sein soll. (Erneuter Lärm; Glocke des Vorsitzenden.)

Jaurès: Diese Ministerfrage wird überall auftauchen, wo starke, organisirte sozialistische Parteien vorhanden sind, in der Schweiz, in Belgien, in England und hier sofort in dem Augenblick, wo die alte liberale Partei an der Konsequenz ihres Abfalls zum Imperialismus zusammenbrechen und eine neue, entschieden demokratische liberale Partei erstehen wird, wie sie gestern schon der Vertreter der Sozialdemokratischen Federation prophezeite. In Belgien wäre sie schon zur Entscheidung gekommen, wenn es bei den letzten Wahlen gelungen wäre, die klerikale Mehrheit zu brechen. Aber weder in Italien, noch in Belgien wird es eine Frage Ferri oder eine Frage Vandervelde geben, weil dort fest organisirte sozialistische Parteien vorhanden sind, die es verhindern, daß solche Fragen zu rein persönlichen werden.

Ich stimme der Resolution Kautsky auch deshalb zu, weil sie erklärt, die Ministerfrage sei keine Frage der Theorie, des Prinzips, sondern eine praktische Frage, eine Frage der Taktik. Nur allzulange haben wir taktische Fragen als grundsätzliche aufgefaßt und gelangten daher zu so widerspruchsvollen Beschlüssen, wie sie beispielsweise die deutschen Sozialisten in der Frage der Landtagswahlen gefaßt haben; erst verbot man die Betheiligung, dann gestattete man sie, jetzt wird sie zur Pflicht gemacht. Und all' das im Namen des Klassenkampfes. Der Klassenkampf verpflichtet uns, zu versichern, daß bei der im Interesse des Proletariats nothwendigen Umwandlung des kapitalistischen Eigenthums in Gemeineigenthum die Arbeiter mitzuwirken haben. Der Klassenkampf verpflichtet uns zu sagen, daß das Proletariat heute sein Heil nicht mehr von den Machthabern erwarten darf, wie Robert Owen, als er den Wiener Kongreß anflehte, die Arbeiterklasse zu retten. Der Klassenkampf verpflichtet uns zu sagen, daß die Arbeiterklasse reif genug ist, ihre Sache selber zu führen, und daß man ihr daher nicht die Hände binden darf.

Ich stimme endlich aber auch für die Resolution, weil künftig die sozialistische, organisirte Partei über den Ein- und Austritt eines Sozialisten in ein Ministerium

entscheiden soll, das eben ist unser Standpunkt. Der Minister ist also unter die Kontrolle und das Urtheil der Partei gestellt. Wir brauchen übrigens nicht zu fürchten, daß die Bourgeoisie allzu oft geneigt sei, einen Sozialisten in das Ministerium zu berufen, um so weniger, wenn hinter diesem die Partei steht, er also nur der Mandatar der Partei ist, denn in diesem Falle ist der Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium der Anfang der politischen Expropriation der Bourgeoisie. Nur im äußersten Nothfall, im Moment höchster Gefahr wird sie zu diesem Mittel greifen, weil sie erkannt haben wird, daß die Abstention des Proletariats einen Abgrund öffnet, in dem sie selber versinken würde. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Sembat-Paris stellt die Behauptung Ferri's richtig, daß kein sozialistischer Delegirter gegen die Chinakredite gestimmt und protestirt habe. Er selber habe bei dieser Gelegenheit dem sozialistischen Gedanken Ausdruck gegeben und gegen die Bewilligung protestirt und zwar im Auftrage der gesammten Fraktion. Die Fraktion sei immer einig in ihrem Proteste gegen Chauvinismus und Militarismus gewesen. Er hoffe, daß das beschlossene Internationale Parlamentarische Komitee für alle sozialistische Delegirten in allen Ländern die Parole ausgebe: dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen! Hoffentlich fasse der Kongreß auch in der Millerand-Frage einen klaren, unzweideutigen Beschluß. Den würden die Franzosen respektiren. Die Delegirten müßten sich der Verantwortung ihres Beschlusses klar sein, denn was sich jetzt in Frankreich abspiele, übe seinen Rückschlag auch auf die anderen Länder aus.

Der nächste Redner **Joindy** (Allemanist) wird von den Guesdisten mit den Rufen: Hoch Liebknecht! empfangen, weil er auf dem Kongreß seiner Partei die Haltung Liebknecht's in der Dreyfus-Frage getadelt hatte. Der Präsident hat Mühe, ihm das Wort zu verschaffen. Der Redner betheuert seine internationalistische Gesinnung und geht auf die Vorgeschichte des Falls Millerand ein. Millerand wurde auf einen Kampfplatz gestellt, um in dem Ministerium Waldeck-Rousseau die Republik zu vertheidigen. Das Proletariat war nicht organisirt, aber es war durchaus mit diesem Schritt einverstanden gewesen. Wir konnten nicht anders handeln. Immer, wenn die Freiheit oder Menschenwürde bedroht sind, muß das Proletariat an der Spitze der Vertheidiger stehen. (Große Unruhe, die fast die Uebersetzung dieser Rede verhindert.)

Der nächste Redner soll Jules Guesde sein. Da es aber inzwischen 6 Uhr geworden ist, wird die Sitzung geschlossen und die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 27. Septemper. — Vormittags-Sitzung.

Vor Beginn der Sitzung tritt die deutsche Delegation zu einer Konferenz zusammen. Sie beschließt, bei der Abstimmung stets geeint ihr Votum abzugeben, selbst wenn sich innerhalb der Delegation eine Meinungsverschiedenheit über die Stellungnahme zu den einzelnen Resolutionen ergeben sollte. Für die Permanente Internationale Kommission werden Auer und Singer als Vertreter Deutschlands gewählt.

Den Vorsitz führen Van Kol (Belgien), Fürholz (Schweiz) und Plechanow (Rußland). Van Kol giebt von dem Verlangen der deutschen Delegation Mittheilung, daß Seitens der französischen Delegirten mehr Ruhe während der Uebersetzungen beobachtet werden möge, andernfalls könnten sie unter Umständen an den Abstimmungen nicht theilnehmen. Die Deutschen beantragen ferner, den nächsten Kongreß in fünf Jahren in Amsterdam oder Wien abzuhalten, die Engländer dagegen treten für zwei Jahre Frist bis zum nächsten Kongreß ein; diesen Antrag unterstützt **Vandervelde;** in Paris habe man 1889 beschlossen, alle zwei Jahre einen Internationalen Kongreß zu berufen, in London habe man diese Perioden auf drei Jahre verlängert, jetzt verlängere man sie schon auf fünf Jahre, schließlich komme man noch auf zehn oder zwanzig Jahre! Hauptbedeutung des Internationalen Kongresses sei, daß die Bande der Brüderlichkeit immer enger geknüpft werden und die Vorkämpfer des Sozialismus möglichst oft in nähere Beziehungen zu einander treten. Für den internationalen Fortschritt des sozialistischen Gedankens seien die Kongresse von eminenter Bedeutung.

Singer: Wir Deutsche glauben nicht, daß die internationale Solidarität und Brüderlichkeit davon abhängt, ob wir uns alle zwei, drei oder fünf Jahre sehen; wenn sie nicht tiefer wurzelte, wäre sie überhaupt keinen Schuß Pulver werth. Außerdem haben sich gegen früher auch die Verhältnisse geändert; wir haben jetzt ein Permanentes Internationales Komitee, ein Parlamentarisches Komitee 2c. beschlossen; diese werde einen Theil der Arbeiten der bisherigen Kongresse übernehmen, während die künftigen sehr viel mit der Aussprache über die Thätigkeit dieser Komitees sich beschäftigen, Anregungen werden geben müssen. Schon heute können wir nur die großen Gesichtspunkte behandeln und müssen es den einzelnen Ländern überlassen, Einzelfragen zu behandeln. Was ändert sich denn so rasch in zwei Jahren, daß sofort das internationale Proletariat Stellung zu etwa sich ergebenden neuen großen Gesichtspunkten nehmen müßte? Bedeutung und Werth der Kongreßbeschlüsse wachsen, je weniger häufig wir zusammenkommen; erinnern wir uns doch, daß wir jetzt auf unseren Internationalen Kongressen nur allzu häufig unsere Beschlüsse wiederholen müssen. Wir Deutsche haben nicht nöthig, Verwahrung dagegen einzulegen, als ob unser Antrag etwa aus Mangel an internationalem Solidaritätsgefühl entspringt. Unser Antrag wird gerade dazu führen, daß die Aufgaben der Internationalen Kongresse in einer unsrer Kongresse würdigen Weise gelöst werden. (Beifall.)

Costa tritt für den englischen Vorschlag ein, schon weil nach Errichtung der Sekretariate es nöthig werde, daß möglichst bald Bericht erstattet und Kontrolle geübt werde.

Oesterreich und Holland beantragen, den nächsten Kongreß in drei Jahren stattfinden zu lassen. Mit 21 gegen 19 Stimmen wird in der Nationalitäten-Abstimmung der Antrag der Engländer abgelehnt und mit 32 gegen 8 derjenige der Oesterreicher und Holländer angenommen. Als Kongreßorte werden Wien von Pernerstorffer und Amsterdam von Polak empfohlen. Gegen Wien spricht Kritschewski, weil es den russischen Sozialisten, und zwar besonders den in Rußland lebenden, einfach unmöglich wäre, am Kongreß theilzunehmen. Für Wien tritt Adler ein.

Der Kongreß entscheidet sich für Amsterdam.

Der Debatte über Punkt 9:

Die Eroberung der staatlichen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien wird fortgesetzt. Das Wort erhält

Guesde (von seinen Anhängern mit demonstrativem Beifall empfangen). Meine Resolution über die Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien stellt bestimmte Bedingungen auf und gewährt damit die Möglichkeit, die Koalitionen auf ein Minimum zu beschränken. Je mehr der Klassenkampf sich verschärft, desto mehr werden die Bündnisse verschwinden. Mit der Resolution Kautsky bin ich in vieler Hinsicht einverstanden, so, wenn sie den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium nicht als den Beginn der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bezeichnet. Es besteht ein Unterschied, auf welche Weise der Eintritt eines Sozialisten erfolgt, ob er erfolgt auf Grund der Erfolge eines Wahlkampfs oder durch die Gnade eines Kabinets. Mit dem Eintritt eines Sozialisten können im besten Fall nur Theilreformen erzielt werden, die an der Klassenlage des Proletariats so gut wie nichts ändern. Um sie zu verändern, muß die Zentralgewalt eingreifen. Nicht nur ihre Eroberung ist nothwendig, sondern die Diktatur des Proletariats, vor dem schon 1793 die großen, bürgerlichen Revolutionäre zitterten. Auch insoweit bin ich mit Kautsky einverstanden, als seine Resolution darauf hinweist, daß der Eintritt eines Sozialisten desorganisirend und verwirrend auf das Proletariat wirkt, weil sein Klassenbewußtsein geschwächt wird. An dem Standpunkt des strikten Klassenkampfs muß mit Rücksicht auf den internationalen Sozialismus festgehalten werden. Der Sozialismus ist zwar gewachsen, aber er scheint mir an Tiefe verloren zu haben, was er an Breite gewonnen hat. Es hat den Anschein, als ob sein Rückgrat nicht mehr ganz so fest wie früher ist.

Nicht einverstanden aber bin ich mit der Resolution Kautsky, weil sie der in den ersten Sätzen verurtheilten Auffassung schließlich doch eine Auferstehung bereitet. Der Klassenkampf darf nicht zu einem Zusammenarbeiten der Klassen werden. Auch Liebknecht war der Ansicht, daß ein Sozialist, der in ein bürgerliches Ministerium eintritt, aufhöre, Sozialist zu sein. Er kann wohl glauben, er sei es noch, thatsächlich aber ist er es nicht mehr, er kann sich nicht mehr als

Sozialist bethätigen, er kann nicht zwei Herren dienen. Der unversöhnliche Klassengegensatz schließt es aus, daß eine und dieselbe Person der Vertreter der Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie sein kann. Daran wird auch nichts geändert, wenn eine organisirte Partei hinter dem sozialistischen Ministerium steht. Dadurch wird die Situation nur verschlechtert, denn dann trägt die ganze Partei die Verantwortung für die Fehler und Verbrechen des bürgerlichen Ministeriums und seinen Bankrott. Die Partei diskreditirt sich beim Proletariat, sobald diesem die Bedeutung dieses Kompromißministers durch das Knallen der Soldatenflinten und das Blitzen der Gendarmensäbel klar gemacht wird. Jeder Minister trägt die Verantwortung für die Gesammtpolitik des Ministeriums, auch für seine äußere Politik, für Kriegs- und Flottenkredite. Ein englischer oder deutscher Millerand würden durch ihre Thaten die internationale Solidarität gefährden. Die Resolution Kautsky bringt durch ihre Widersprüche schwere Gefahren für den Marsch des Proletariats. Wir halten daran fest: Außerhalb des Klassenkampfs giebt es kein Heil für das Proletariat! (Stürmischer Beifall.)

Die Engländer verzichten auf eine Uebersetzung.

Anseele: Ich gehöre zu jenen, die Millerand telegraphisch zu seinem Eintritt ins Ministerium beglückwünscht haben. Für mich war nicht einmal die Frage maßgebend, ob die Republik in Gefahr sei oder nicht, für mich handelt es sich bloß darum: war der Eintritt eines Sozialisten in das Ministerium für die Interessen des Proletariats und die Sache des Sozialismus von Nutzen oder nicht? Und ich bejahte dies. Das Bedeutsamste in der Resolution Kautsky ist, daß der Gedanke ausgesprochen wird, der Sieg des Sozialismus könne nicht die Folge eines Handstreichs sein, sondern nur das Resultat langer und langsamer Arbeit. Das ist der Bruch mit der Vergangenheit. Bisher haben auch wir, ähnlich wie die Kirche ihre Gläubigen auf die Schönheiten des Himmelreichs, die Bourgeoisie auf die Allheilkraft der politischen Freiheit verweisen, nur allzu lange den Glauben an den großen Tag der Revolution gepredigt, dadurch ist nur allzu oft die Meinung entstanden, als ob wir bis dahin die Hände in den Schoß legen dürften. Von heute an gilt eine andere Taktik — und diese bringt nicht, wie Guesde fürchtet, eine Schwächung des sozialistischen Bewußtseins —, die Taktik der unaufhörlichen, unermüdlichen Kleinarbeit des Tags. Es ist leicht, jugendliche, begeisterte Herzen zu entflammen für den großen letzten Kampf, viel schwieriger ist es, als Mitglied einer Organisation Tag für Tag seine kleinen, aufreibenden Pflichten zu erfüllen. Der Barrikadenbau ist ruhmvoll, ebenso rühmlich diese Kleinarbeit. Wir erweisen den früheren Vorkämpfern der Revolution alle Ehre, aber wir dürfen auch die nicht gering schätzen, die heute für bessere, den heutigen Bedürfnissen entsprechendere Methoden des Kampfes eintreten. Trotzdem wir für Erreichung unserer Ziele nur friedliche, gesetzliche Mittel anwenden, wird uns der letzte Kampf kaum erspart werden, denn die Bourgeois werden ihre politische und wirthschaftliche Expropriation nicht widerstandslos über sich ergehen lassen. Deshalb müssen wir uns organisiren, fest zusammenschließen. Man hat Millerand einen Verräther genannt, weil er in ein Bourgeoisministerium eintrat. Würde man einem Gewerkschaftsmitglied es zum Vorwurf machen, daß es in die Leitung eines großen industriellen Betriebes eintritt, weil dessen Besitzer dazu sich unfähig erklären muß? Würde man ihn für alle Kniffe und Pfiffe des kapitalistischen Systems verantwortlich machen können, wie man jetzt Millerand für jede einzelne Handlung des Bourgeoisministeriums gegen die Arbeiter verantwortlich macht? Guesde hat gemeint, der Sozialismus sei wohl in die Breite, nicht aber in die Tiefe gegangen. Nun, wenn dem Arbeiter vielfach in Folge Ueberarbeit, elender Löhne, mangelnder Erziehung die Bildung und Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge fehlt, dann müssen wir erst recht eine Taktik begrüßen, welche die Hebung der Arbeiterklasse zur Aufgabe sich stellt. Und diese neue Taktik wird das Mittel sein, die Wehrfähigkeit des Proletariats im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft zu erhöhen. (Beifall.)

Vaillant (Blanquist) schließt sich den Ausführungen Guesdes an und verwirft jede Theilnahme an einem bürgerlichen Ministerium. Anseele erwiedert er, ein Werkführer, der seine Schuldigkeit nicht thut, wird hinausgeworfen, dasselbe würde auch einem sozialistischen Minister passiren, der nicht seine Schuldigkeit im Sinne der Bourgoisie thut. Wir wollen nicht die Mitschuldigen der Männer sein, auf deren Konto die Flintenschüsse von Chalons kommen. Anseele hat von der großen letzten Schlacht gesprochen, aber wie können wir die gewinnen, wenn wir die Massen nicht hinter uns haben, die das Vertrauen zu uns verlieren müssen

wenn sie sehen, daß wir die Mitschuldigen an den Verbrechen des Kapitalismus sind. Wir müssen eine revolutionäre Partei bleiben, das heißt aussprechen, daß wir von der Kapitalistenklasse nichts ohne Kampf erreichen. — Die Resolution Kautsky aber ist eine Kapitulation. Wir bewundern die Tiefe der Gedanken Kautskys, aber seiner Resolution können wir nicht zustimmen. Er, der in Hannover so siegreich gegen Bernstein gekämpft hat, kapitulirt hier vor Bernstein.

Auer: Ich habe keinen Augenblick daran gezweifelt, daß zu dieser Frage auch ein Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zu Worte kommen würde, denn ich habe eine viel zu hohe Meinung von der französischen Höflichkeit und Gastfreundschaft, als daß ich geglaubt hätte, sie würden uns Deutschen das Wort abschneiden. Ich will daher nicht unterlassen, ihnen für ihre Zuvorkommenheit meinen Dank auszusprechen. Neues ist uns Deutschen hier in den langen Debatten nicht gesagt worden. Alles das, was die französische Arbeiterschaft bewegt, erregt und spaltet und uns genöthigt hat, stundenlange Erörterungen anzuhören, haben wir schon vor Jahren in Deutschland erörtert, vielleicht nur nicht so leidenschaftlich wie Sie hier. Die Frage der Bündnisse mit bürgerlichen Parteien, des Eintritts in die Kommunalverwaltungen 2c. beschäftigten uns schon vor 20 Jahren, und schließlich haben wir, genöthigt durch die Erfahrungen, das gethan, was die Franzosen schließlich jetzt auch thun müssen, wenn sie nicht die vitalsten Interessen der Arbeiterklasse verletzen wollen. Gewiß, ein Fall Millerand hat bei uns noch nicht gespielt! So weit sind wir noch nicht! Aber ich hoffe, daß wir möglichst bald auch so weit sein werden. (Beifall.) Für uns ist diese Frage eine reine Doktorfrage. Unsere Parteiführer, an die eine solche Frage herantreten könnte, stehen augenblicklich der Gefängnißzelle weit näher als dem Ministerposten. (Große Heiterkeit.) Ich hatte bei all' diesen Verhandlungen die Empfindung des Tagelöhners in Reuters „Stromtid", in dessen Gegenwart die Vorzüge von Speisen erörtert wurden. Und der einfache niederdeutsche Landarbeiter meinte: Backpflaumen und Rindfleisch ist ein sehr gutes Essen, aber wir kriegens man nicht. (Stürmische Heiterkeit.) In dieser Situation befinden wir uns auch. Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Was war denn der Anlaß, daß in Frankreich ein sozialistischer Minister kam? Es handelte sich darum, ob in Frankreich die Republik vernichtet wird, die Reaktion siegt und damit die allgemeine Bewegung für die Befreiung, um die gerade auf französischem Boden Ströme von Blut geflossen sind, auf Jahrzehnte zurückgeworfen würde. Ich folge nur unserer Parteitradition, wenn ich erkläre: In solchen Momenten, wo es galt, die Reaktion abzuwehren in ihren Angriffen auf die Freiheit, wo es galt, wirthschaftliche und politische Rückschritte zu verhindern, da haben wir uns nie einen Augenblick besonnen, unsere Schuldigkeit zu thun. Würde eine solche Frage vor uns sich aufthun, dann werden wir den Parteien, die in der Zwangslage sind, sich an uns wenden zu müssen, sagen: Seid versichert, unsere Tradition, unsere Existenz verlangt, daß wir im Kampf um Freiheit, Recht und Fortschritt mit Euch gehen. Vielleicht hätten wir mit Rücksicht auf unsere Führer, die wir lieben, gesagt: Wir verzichten auf Ministersessel, aber Ihr könnt Euch doch auf uns verlassen. Wenn man uns aber gesagt hätte: es ist ja eine bloße Bourgeoisangelegenheit, die Euch nichts angeht, es handelt sich ja nur um die Frage, ob es eine konservative oder demokratische Republik sein soll, dann hätten wir erklärt: Nein, so ist es nicht! Und wir hätten die Losung ausgegeben: Loubet und unter keinen Umständen ein Cäsar! (Stürmischer Beifall.) In der Kommission habe ich nur für uns erklärt: in Deutschland wäre unter unseren Verhältnissen ein Parteigenosse, der ohne Billigung der Partei in ein Ministerium eintreten würde, eine Unmöglichkeit. Ich habe mich aber wohl gehütet, das, was für unsere deutschen Verhältnisse selbstverständlich ist, auch auf fremde Verhältnisse auszudehnen. Bei dem Fall Millerand ist mir der Gedanke aufgestiegen: Bei der Zerfahrenheit, bei den Meinungsverschiedenheiten, bei dem babylonischen Thurmbau, in dem sich unsere französischen Genossen befinden — ja, wen hätte denn Millerand eigentlich fragen sollen? (Lebhafte Zustimmung.) Wollen Sie die Fälle Millerand verhüten, dann schlichten Sie Ihre Streitigkeiten, werden Sie eine starke, geeinigte, große Partei, und wenn dann so historische Momente kommen, wie der, in denen sie sich befanden, dann werden Sie erst die Macht, die Gewalt, den imposanten Einfluß einer geeinten französischen Sozialdemokratie erkennen. An uns ist dieser Moment leider noch nicht herangetreten. An Sie ist er herangetreten. Und wir wollen

nur wünschen, daß dieser große Moment, wo er auch wieder eintritt, kein kleines Geschlecht finde! (Lebhafter Beifall.)

Ich habe für die Resolution Kautsky gestimmt, nicht, daß ich jeden Satz darin unterschriebe. Aber es kommt auf die allgemeine Tendenz an, und mit dieser bin ich einverstanden. Es ist der Vorwurf gegen die Resolution Kautsky erhoben worden, sie schwimme, sie sei vag, sie treffe nicht Vorkehrungen für alle Fälle. Wenn die Resolution das thäte, würde ich nicht dafür stimmen. Wir wollen uns nicht für alle Zukunft die Hände binden. An der Hand unserer theoretischen Erziehung und unseres Programms wollen wir in den gegebenen Fällen unsere Stellung nehmen. Das Recht lassen wir uns nicht nehmen. Wir sind keine Fanatiker, keine Propheten, keine Religionsstifter, die die letzte Wahrheit bereits in der Tasche haben. (Lebhafter Beifall.) Wir suchen die Wahrheit, und dem Streben nach Wahrheit haben wir den Weg offen zu halten. (Lebhafter Beifall.) Deshalb stimmen wir für die Resolution Kautsky.

Wir wünschen, daß aus unseren Verhandlungen, nachdem sie uns hier aufgezwungen wurden, die Franzosen die Lehre ziehen mögen, daß sie derartige Dinge unter sich und im eigenen Hause auszumachen haben. Denken Sie einmal, wenn wir mit der Frage der Landtagswahl-Betheiligung hierher kommen wollten! (Heiterkeit.) Die internationalen Kongresse können nur die großen allgemeinen Gesichtspunkte geben. Darin ruht ihre Bedeutung. Sie sind eine Demonstration des organisirten Proletariats, dieser großartigen Macht, der die Zukunft gehört. Wir wünschen, daß die Franzosen nicht als Sieger oder Besiegte, sondern Schulter an Schulter mit uns den Saal verlassen, als Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats. (Stürmischer Beifall, an dem aber die Guesdisten sich nicht betheiligen.)

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Die Sitzung wird unter dem Präsidium Van Kols durch eine Erklärung Costa's eingeleitet, der im Namen der Mehrheit der italienischen Delegation erklärt, daß sie für die Resolution Kautsky stimmen werde.

Die Resolution Kautsky wird mit 29 gegen 9 Stimmen angenommen (jede Nation giebt 2 Stimmen ab); dafür stimmen Deutschland, England, Oesterreich, Böhmen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland, Spanien, Schweden, Portugal, Schweiz, Argentinien; dagegen: Bulgarien und Irland; getheilt stimmen Frankreich, Polen, Rußland, Italien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. Die Resolution Guesde, betr. die Wahlbündnisse, wird durch Akklamation angenommen. Das Ergebniß der Abstimmung über die Resolution Kautsky giebt zu stürmischen Szenen Anlaß. Die Guesdisten rufen: „A Châlons“ (woselbst streikende Arbeiter von der Gendarmerie niedergeschossen wurden) und „Les bons ministeriels!“ (die braven Ministeriellen!)

Nach Verlesung einer Anzahl Zustimmungsadressen giebt Furnemont von dem Wunsche der Bulgarier Kenntniß, daß dem nächsten internationalen Kongreß jedes Land einen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vorlegen soll.

Die australische Sozialdemokratie hat mit ihrem Mandat zum Kongreß Hyndman beauftragt.

Es folgt Berathung der Punkte 4 und 5 der Tagesordnung:

„Der Völkerfriede, der Militarismus, die Beseitigung der stehenden Heere. Die Kolonialpolitik.“

Hierzu liegen 2 Resolutionen vor.

Van Kol begründet unter lebhaftem Beifall in kurzen Worten die Resolution zur Kolonialpolitik, die folgenden Wortlaut hat:

In Erwägung, daß die Entwickelung des Kapitalismus nothwendig zur kolonialen Expansion, dieser Ursache von Konflikten unter den Regierungen führt;

daß der Imperialismus, der die nothwendige Folge davon sei, in allen Ländern den Chauvinismus gebäre und zu immer größeren Ausgaben für den Militarismus zwinge;

in Erwägung, daß die Kolonialpolitik der Bourgeoisie keinen anderen Zweck habe, als den Profit der Kapitalistenklasse zu steigern und das kapitalistische

System aufrecht zu erhalten, indem sie dabei Gut und Blut des alle Werthe schaffenden Proletariats vergeudet und Verbrechen und Grausamkeiten ohne Zahl an den Eingeborenen der mit Waffengewalt eroberten Kolonien verübt, erklärt der Kongreß:

daß das organisirte Proletariat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel anwendet, um die kapitalistische Kolonialbesitz-Ausdehnung zu bekämpfen, die Kolonialpolitik der Bourgeoisklasse zu verdammen und unter allen Umständen und mit aller Kraft die Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten zu geißeln, die auf allen Theilen der Erde sich abspielen, welche der Raubgier eines ehr- und rücksichtslosen Kapitalismus ausgeliefert sind.

Deshalb empfiehlt der Kongreß ganz besonders folgende Maßnahmen:

1. daß die verschiedenen sozialistischen Parteien überall sich angelegentlichst mit dem Studium der Kolonialfrage beschäftigen,

2. daß Alles gethan werde, wo die wirthschaftlichen Verhältnisse es gestatten, um in den Kolonien die Bildung von sozialistischen Parteien, die in Verbindung mit dem Mutterlande bleiben, zu fördern, und daß

3. zwischen den sozialistischen Parteien in den verschiedenen Kolonien Beziehungen und engere Verbindungen hergestellt werden.

Hyndman: Als englischer Sozialist, also als Angehöriger des größten Kolonialreichs der Welt, lege ich das größte Gewicht darauf, hier mit dem internationalen Proletariat gegen die Kolonialpolitik zu protestiren. Ich stimme um so lieber der Resolution zu, weil sie auch die schamlose Politik verurtheilt, die England gegen Transvaal führt, die uns englische Sozialisten mit Trauer und Scham erfüllt. Hyndman giebt dann eine eingehende Schilderung des Räubersystems Englands gegen Indien und die Ursachen der dort periodisch wiederkehrenden Hungersnöthen. Und dabei müsse man beachten, daß England in Indien nicht etwa eine höhere Kultur geschaffen, sondern vielmehr eine alte Kultur zerstört habe, die viel besser gewesen als unsere. Dasselbe Schauspiel wiederhole sich jetzt in China. Wolle das Proletariat sich nicht zum Mitschuldigen an diesem Verbrechen machen, müsse es im Sinne der vorgelegten Resolution handeln.

Quelch schließt sich Hyndman an; zur Ehre der englischen Arbeiter aber müsse er hier anführen, daß trotz aller systematischen Korruptionsversuche der Kapitalisten Englands, die nach den Goldgruben Transvaals lüstern, es nicht gelungen sei, auch nur einen einzigen organisirten englischen Arbeiter, geschweige denn eine Organisation zu einer Zustimmungs-Erklärung für den Krieg zu bringen. Die ganze englische Presse sei bestochen und korrumpirt, nur die Arbeiter haben ihren Schild rein erhalten. Und vielleicht hätte die Resolution auch die Aufforderung enthalten sollen, der korrupten Kapitalistenpresse eine ehrliche unbestochene Volkspresse entgegenzustellen.

Curran (Gasarbeiter London): Im Auftrage der 50 000 Gewerkschaftler; die ich vertrete, schließe ich mich dem Proteste meiner Vorredner und der Resolution an. In England ist man jetzt besonders bemüht, den Gewerkschaftlern zu predigen, die Kolonialpolitik liege in ihrem Interesse, denn sie schaffe neue Absatzgebiete, vermehre damit die Arbeitsgelegenheit, steigere die Löhne. Aber die englischen Gewerkschaftler sind mit solchen Redensarten nicht zu fangen, sie erwidern: solange es in England noch Kinder giebt, die hungernd zur Schule gehen, solange es Arbeiter giebt, die in Lumpen einhergehen, Arbeitslose, die in Elend verkommen, haben die englichen Arbeiter kein Interesse daran, die von ihnen produzirten Waaren in die Kolonien zu exportiren. Und wenn die Jingos jetzt jubeln, England sei ein herrliches Land geworden, in dem die Sonne nie untergehe, so sage ich: in England giebt es Tausende von Stätten, in denen die Sonne noch nie aufgegangen ist. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem **Maurice** (sozialistischer Generalrath auf Guadeloupe) noch die Resolution mit dem Hinweise darauf unterstützt, daß auch in den Kolonien, besonders auf den Antillen der Samen des Sozialismus aufzugehen beginnt und daß daher die Ausarbeitung eines sozialistischen Kolonialprogrammes eine dringende Aufgabe sei, konstatirt

Van Kol im Schlußwort, daß gegen die Resolution kein Wort des Widerspruchs erhoben worden sei. Das internationale Proletariat biete somit das erhebende Schauspiel, einstimmig die kapitalistische Kolonialpolitik gebrandmarkt zu haben.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Valppaan Kirjasto

Der Präsident giebt Mittheilung von Zustimmungsschreiben u. a. aus Canada und Queensland (Australien). Ein Antrag, den österreichischen und englischen Arbeitern die Sympathie des Kongresses für ihre Wahlkämpfe auszusprechen, findet jubelnde Zustimmung. Einige der am Kongreß vertretenen revolutionären russischen Gruppen erklärten, daß sie sich nicht an der Wahl zum Internationalen Komitee betheiligten.

Zu Punkt 4:

Der Völkerfriede, der Militarismus und die stehenden Heere referirt

Rosa Luxemburg: Beide Kommissionen, die vierte und die fünfte, haben von Anfang an zusammengetagt, weil der Militarismus und die Kolonialpolitik gegenwärtig nur zwei verschiedene Seiten der einen Erscheinung Weltpolitik sind. Auf internationalen Kongressen ist der Protest gegen den Militarismus nichts Neues, in seinem richtigen Instinkt hat das Proletariat von jeher empfunden, daß es im Militarismus den Todfeind aller Kultur zu erblicken hat. Schon die alte Internationale hat mehrfach solche Proteste formulirt. Für uns handelt es sich aber nicht bloß um Wiederholung der früheren Beschlüsse, sondern darum, etwas Neues zu schaffen gegenüber der neuen Erscheinung der Weltpolitik. Die Rednerin schildert unter dem Beifall des Kongresses die Delirien der Weltpolitik, den Maelstrom der Kolonialpolitik, die in den letzten 6 Jahren 4 blutige Kriege herbeigeführt haben. Dagegen dürfen sich die Sozialisten nicht mehr auf platonische Deklarationen beschränken. Bisher gab es nur auf ökonomischem Gebiet internationale praktische Aktionen. Die wirthschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter eines Landes von der Lage der Arbeiter anderer Länder ist frühzeitig zu Tage getreten und hat bereits in einer internationalen gewerkschaftlichen und auf den Arbeiterschutz gerichteten Aktion Ausdruck gefunden. In politischer Beziehung war der enge Zusammenhang der Interessen der Arbeiter verschiedener Länder viel weniger greifbar. Allein auch hier hat die Weltpolitik einen Umschwung herbeigeführt. Derselbe Militarismus, Marinismus, dieselbe Jagd nach Kolonien, dieselbe Reaktion überall und vor Allem eine permanente internationale Kriegsgefahr oder wenigstens ein Zustand permanenter Animositäten, in den alle wichtigen Kulturstaaten gleichmäßig verwickelt sind. Damit ist aber eine neue Grundlage für eine gemeinsame politische Aktion geschaffen. Der Alliance der imperialistischen Reaktion muß das Proletariat eine internationale Protestbewegung entgegensetzen. Die Resolution enthält praktische Vorschläge dazu. Es ist nicht viel, was wir in Vorschlag bringen: Die sozialistischen Abgeordneten sollen nur überall verpflichtet werden, gegen jede Ausgabe für die Zwecke des Land- und Wassermilitarismus zu stimmen, und die vom Kongreß geschaffene Permanente Kommission soll in Fällen von internationaler Tragweite, wie es z. B. im Chinakrieg war, eine gleichförmige Protestbewegung in allen Ländern ins Leben rufen. Wird aber dies Wenige genau ausgeführt, so werden wir sicher einen großen Fortschritt in den internationalen Beziehungen zu verzeichnen haben. Allein nicht nur vom Standpunkte des alltäglichen Kampfes gegen den Militarismus erscheint jetzt eine internationale Annäherung der Arbeiterparteien dringend geboten, sondern auch aus Rücksicht auf unser sozialistisches Endziel. Immer mehr wird es wahrscheinlich, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung nicht durch eine ökonomische, sondern durch eine politische, durch die Weltpolitik herbeigeführte Krisis erfolgen wird. Vielleicht wird die Herrschaft der kapitalistischen Ordnung noch lange dauern. Aber einmal, früher oder später, wird die Stunde schlagen, und damit uns der entscheidende Augenblick der großen Rolle gewachsen findet, ist es nothwendig, daß das Proletariat aller Länder sich durch ständige internationale Aktion auf diesen Augenblick vorbereitet. Möge dieser Kongreß die Losung dazu ausgeben, möge er an das internationale Proletariat den Appell richten: „Proletarier aller Länder, in Erwartung des gemeinsamen entscheidenden Kampfes gegen die kapitalistische Ordnung, vereinigt Euch zum gemeinsamen alltäglichen Kampfe gegen die militaristische, die weltpolitische Reaktion." (Beifall.)

Die einstimmig angenommene Resolution lautet:

Bezugnehmend auf die Beschlüsse der Internationalen Sozialisten-Kongresse von Paris 1889, Brüssel 1891 und London 1896, die den Militarismus als eines der verhängnißvollsten Ergebnisse der kapitalistischen Ordnung verurtheilten und die Abschaffung der stehenden Heere, die Einrichtung internationaler

Schiedsgerichte, sowie die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk verlangen;

in Erwägung ferner, daß die seit dem letzten Internationalen Kongreß eingetretenen Ereignisse klargelegt haben, wie sehr die bisherigen politischen Errungenschaften des Proletariats, sowie die gesammte, ruhige und normale Entwickelung der heutigen Gesellschaft durch den Militarismus besonders in seiner neuesten Form als Weltpolitik bedroht werden;

in Erwägung endlich, daß diese Politik der Expansion und des Kolonialraubs, wie uns der Kreuzzug gegen China zeigt, internationale Eifersüchteleien und Reibungen entfesselt, die den Krieg in einen permanenten Zustand zu verwandeln drohen, dessen wirthschaftliche, politische und moralische Kosten das Proletariat allein zu tragen hätte,

erklärt der Kongreß:

1. daß es nöthig ist, daß die Arbeiterpartei in jedem Lande mit verdoppelter Wucht und Energie gegen Militarismus und Kolonialpolitik auftrete;

2. daß es vor Allem unbedingt nothwendig ist, die weltpolitische Alliance der Bourgeoisien und Regierungen zur Verewigung des Krieges durch eine Alliance der Proletarier aller Länder zur Verewigung des Friedens zu beantworten, d. h. von mehr oder minder platonischen Demonstrationen der internationalen Solidarität auf politischem Gebiet zur energischen internationalen Aktion, zum gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus und die Weltpolitik überzugehen.

Als praktisches Mittel hierfür beschließt der Kongreß:

1. daß die sozialistischen Parteien überall die Erziehung und Organisirung der Jugend zum Zweck der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben;

2. daß die sozialistischen Vertreter in allen Parlamenten unbedingt gegen jede Ausgabe des Militarismus, Marinismus oder der Kolonialexpeditionen zu stimmen verpflichtet sind;

3. daß die ständige internationale sozialistische Kommission beauftragt wird, bei allen entsprechenden Gelegenheiten von internationaler Tragweite in allen Ländern eine gleichzeitige und gleichförmige Protestbewegung gegen den Militarismus ins Leben zu rufen.

Der Kongreß protestirt gegen die sogenannten Friedenskonferenzen, wie diejenige zu Haag, welche in der heutigen Gesellschaft nur Täuschung und Betrug sind, wie dies der letzte Krieg im Transvaal von Neuem dargethan hat.

* * *

Unter jubelnder Zustimmung des Kongresses überreichten die sozialistischen Frauen Frankreichs an Klara Zetkin für ihre überaus anstrengende und hingebungsvolle Arbeit als Uebersetzerin ein prachtvolles Blumen-Arrangement mit rother Schleife, welche die Widmung trägt:

„Die sozialistischen Frauen Frankreichs an Klara Zetkin."

Genossin **Bonneviale** fügt ihren Worten der Anerkennung für Klara Zetkin und den englischen Uebersetzer Smith-Headingley die Genugthuung darüber bei, daß an allen Sozialistenkongressen die Zahl der sozialistischen Frauen ständig zunehme, was diesen und den Männern, die sie delegiren, zur Ehre gereicht und die Erfüllung der sozialistischen Hoffnung auf immer mächtigere Propaganda unter den Frauen verbürge.

Bewegt antwortet Genossin **Zetkin**, sie nehme die Widmung an, nicht für ihre Person, sondern für die deutsche Frauen-Delegation, die in unverbrüchlicher Solidarität mit den Sozialisten aller Länder sich verbunden fühle.

* * *

Ein Protest gegen die Unterdrückung der Polen und Finnen durch den Zarismus, der Boeren durch die Engländer und der Armenier durch die Türken findet einstimmige Annahme.

Es folgt der sechste Punkt der Tagesordnung:

Die Organisation der seemännischen Arbeiter.

Berichterstatter ist **A. Störmer:** Die Kommission hat auch die Transportarbeiter in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen. Seeleute und Transport-

arbeiter kommen besonders in direkte Beziehung mit den Arbeitern anderer Länder. Die Organisation beider Kategorien und die gesetzliche Beseitigung der Mißstände, unter denen sie leiden, verdienen die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien aller Länder. Für die Beseitigung der schlechten Arbeitsbedingungen haben die bürgerlichen Parteien bisher nichts gethan. Wir sind auf uns selbst angewiesen. In allen Ländern, wo es spezielle Gesetze für die Handelsmarine giebt, müssen die sozialistischen Parteien darauf achten, daß diese Gesetze so vollkommen als möglich sind und durchgeführt werden. Die Seeleute sollen sich politisch und gewerkschaftlich organisiren und Sozialdemokraten wählen. Bei ihrer Organisationsarbeit sind die Seeleute soviel als möglich zu unterstützen. Wo noch keine seemännische Organisation besteht, sollten die Transportarbeiter es versuchen, die Seeleute zum Anschluß an die Internationale Transport-Arbeiter-Union zu gewinnen. In den verschiedenen Parlamenten sollen für die Seeleute nachstehende Forderungen dringender Art erhoben werden:

1. Beseitigung der Heuerbaase und Errichtung von Stellenvermittelunngsbureaus in allen Seehäfen unter der Kontrolle der Arbeiterorganisation.
2. Die Errichtung von behördlichen Logir- oder Seemannshäusern unter Leitung der Arbeiterorganisationen und Kontrolle der Behörden.
3. Die Errichtung von besonderen Gerichten, bei denen die seemännischen Arbeiter auch als Mitrichter fungiren und die die Streitigkeiten, die während der Reise entstanden sind, zu schlichten haben; die Macht der Seeoffiziere, die seemännischen Arbeiter zu bestrafen, muß vermindert werden.
4. Die Festsetzung eines Maximal-Arbeitstages und die Definition der Ueberstundenarbeit und ihrer Bezahlung; an Sonn- und Feiertagen darf nur Notharbeit verrichtet werden.
5. Die Sicherstellung einer ausreichenden Rente für die Verletzten und Invaliden; Vollrente im Todesfalle für die Hinterbliebenen.
6. Festsetzung eines Mindestlohns.
7. Gesetzliche Sicherstellung von Unfallverhütungsvorschriften, besonders die Festlegung einer Ladelinie für alle Schiffe und einer Bemannungsskala, die Zahl, Fähigkeit und Sprachkenntnisse zum Verständniß des Kommandos der Seeleute berücksichtigt.
8. Gerechte Behandlung, gute Kost, gutes Logis, gute sanitäre Verhältnisse an Bord, durch Gesetz gewährleistet.
9. Beseitigung aller besonderen Vereinbarungen aus den seemännischen Gesetzen.
10. Inspektoren in genügender Zahl mit dem Recht, die Schiffe am Auslaufen zu verhindern, wenn die gesetzlichen Vorschriften irgendwie verletzt sind.

Für die Transportarbeiter wird gefordert:

1. Ausreichende Entschädigung von Unfällen; keine Beitragszahlung der Arbeiter, keine Einwendungen der Unternehmer, ob das Schiff im Dock oder auf dem Revier sich befindet, sondern volle Entschädigung für alle Unfälle.
2. Ausreichende Inspektion der Arbeitsgeräthe.
3. Keine Lohnauszahlung in Gastwirthschaften.
4. Einrichtung von Arbeitsvermittelungs-Bureaus seitens der Arbeiter in allen Häfen.
5. Festsetzung eines Maximal-Arbeitstags und eines Minimallohns für alle Transportarbeiter, Erhöhung des Lohns für Nacht- und Sonntagsarbeit.

Die Vorschläge der Kommission finden nach kurzer Empfehlung durch den belgischen Delegirten **Octors** einstimmige Annahme.

Zum Punkt 7:

Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk,

empfiehlt **Pernerstorfer**-Wien im Auftrage der Kommission die debattelose Annahme der Resolution: Sie sprechen damit die alte sozialistische Ueberzeugung aus, daß die Burg des Sozialismus nicht erobert werden kann, solange nicht die Mauern der politischen Unfreiheit gebrochen sind.

Die einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Körperschaften der gesetzgebenden und ausübenden Staatsgewalt ist ein unverrückbares Ziel der Sozialdemokratie, dessen Erreichung eines der wesentlichsten Mittel der politischen und sozialen Befreiung ist.

Der Kongreß fordert alle Völker, die entweder noch gar keine oder eine auf der Grundlage von Privilegien aufgebaute parlamentarische Vertretung haben, auf, den Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu führen, bis es in vollem Umfang errungen ist. Der Kongreß erkennt in dem Kampf um dieses Wahlrecht, sowie in der Ausübung dieses Wahlrechts selbst eines der besten Mittel zur Erziehung des Volks zum öffentlichen Leben.

Der Kongreß spricht die Ueberzeugung aus, daß die Frauen denselben Anspruch auf die politischen Rechte haben, wie die Männer; er fordert also dieses Wahlrecht für beide Geschlechter.

Der Kongreß erklärt es für eine Aufgabe der Sozialisten jener Länder, die das allgemeine Wahlrecht schon besitzen, dieses bei ihnen schon bestehende Wahlrecht zu einem System der Proportionalvertretung auszubauen.

Zugleich fordert der Kongreß in Konsequenz des Gedankens der Volkssouveränetät die Anstrebung der direkten Gesetzgebung durch das Volk, sowohl durch die Einräumung des Rechts der Initiative an das Volk, sowie durch die Einführung des Referendums.

Der Kongreß erklärt alle diese Forderungen als nothwendige Erziehungsmittel des Volks, um es intellektuell und moralisch in den Stand zu setzen, den Klassenkampf für die soziale Befreiung mit den gesammelten Kräften und einheitlichem Nachdruck führen zu können und sich für die Besitzergreifung der politischen Macht vorzubereiten, um sodann planmäßig an die Konstituirung der sozialistischen Gesellschaft schreiten zu können.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Der Sozialismus in den Gemeinden

begründet **Vinck** (Brüssel) kurz nachstehende Resolution:

In Erwägung, daß unter „Gemeindesozialismus" nicht ein besonderer Sozialismus verstanden werden kann, sondern lediglich die Verlegung der allgemeinen Grundsätze des demokratischen Sozialismus auf ein besonderes Gebiet der politischen Thätigkeit;

In Erwägung, daß die durch diese Thätigkeit errungenen Reformen nur als Etappen auf dem Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft angesehen werden können, müssen sich die Sozialisten auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung bethätigen;

In fernerer Erwägung, daß die Gemeinde mit voller Selbstverwaltung nicht nur ein fruchtbringendes Feld zur Bethätigung in ökonomischen Fragen ist, sondern auch ein vortrefflicher Stützpunkt der Sozialisten gegenüber der Zentralgewalt im bürgerlichen Staate sein kann;

erklärt der Internationale Kongreß zu Paris im Jahre 1900:

Daß bei voller Anerkennung der Bedeutung der allgemeinen politischen Thätigkeit, es Pflicht der Sozialisten aller Länder ist, auf die Wichtigkeit der Bethätigung in der Gemeindeverwaltung aufmerksam zu machen, sie zu fördern und dabei mitzuwirken. In Erfüllung dieser Pflicht haben die Sozialisten die Kommunalisirung der öffentlichen Verkehrsmittel: Bade-Anstalten, Krankenhäuser ꝛc. zu betreiben und Musteranstalten daraus zu machen, sowohl im Interesse des allgemeinenen Wohls als im Interesse der in diesen Betrieben Beschäftigten. Kleine Gemeinden müssen zur Erfüllung dieser Aufgaben Verbände bilden. In Ländern, deren politische Verhältnisse es den Gemeinden nicht gestatten, diese Wege zu wandeln, haben die Sozialisten die Pflicht, Alles zu thun, um jenes Maß politischer Freiheit zu erobern, das nothwendig ist, um jene Forderungen zu verwirklichen.

Der Kongreß empfiehlt den sozialistischen Gemeindevertretern durch Vermittelung des internationalen Sekretariats: a) sich gegenseitig über alle auf dem kommunalen Gebiete realisirten Reformen mit ihren moralischen und finanziellen (ökonomischen) Folgen zu unterrichten; b) nationale Bureaus zu errichten, welche alle wissenswerthen Vorkommnisse in den Gemeinde-Verwaltungen zu registriren, sowie die bezüglichen Aktenstücke zu sammeln und das Studium der einschlägigen Fragen zu ermöglichen haben; c) um eine mündliche Aussprache über diese Fragen und die gemachten Erfahrungen zu ermöglichen, beauftragt der Kongreß das internationale Sekretariat mit der Einberufung einer internationalen Konferenz sozialistischer Gemeindevertreter.

Auch diese Resolution findet einstimmig Annahme, worauf der Kongreß übergeht zur Beschlußfassung über Punkt 11: Die Trusts.

Wibot (Holland), Kommissions-Berichterstatter, vertritt folgende Resolution:

Trusts (Kartelle) sind wirthschaftliche Vereinigungen der Unternehmer zur Erzielung größerer Profite. Sie sind die unvermeidliche Konsequenz der freien Konkurrenz unter einem Wirthschaftssystem, dessen Zweck nicht die Produktion, sondern der individuelle Profit der Kapitalisten ist. Indem die Vermehrung der Produktionsmittel die Möglichkeit schafft, mehr Waaren zu erzeugen, als die Eigner der Produktionsmittel mit Profit verkaufen können, wird der freie Wettbewerb zum Feinde des Profits, wird es nothwendig, das System des freien Wettbewerbs zu beseitigen und durch die vereinigte Thätigkeit der Produzenten zu ersetzen. Die Trusts sind also das Ergebniß einer natürlichen Entwickelung.

Soweit die Trusts die Produktion und Vertheilung wirksamer und ökonomischer gestalten, die Ueberproduktion verhindern, die Kosten der Erzeugung, des Transports, des Verkaufs, des Zwischenhandels und der Reklame vermindern, stellen sie eine höhere Form der Produktion dar. Auf der anderen Seite aber haben sie die Tendenz, die Preise in die Höhe zu treiben, wenn das Interesse der vereinigten Unternehmer es erfordert, resp. die Verbilligung der Waare zu verhindern, die durch die Fortschritte der Produktion möglich sein würde, und sie haben, wenn nicht die Tendenz, doch in der Regel die Wirkung, die Unterdrückung der Arbeiter zu verschärfen, indem sie den Organisationen der Arbeiter und ihren Organisationsbestrebungen eine starke und einige Organisation der Unternehmer gegenüberstellen.

Insbesondere sind die sogenannten Pools und Corners, die nicht wie die Trusts und Kartelle eine höhere Organisationsform bedeuten, sondern ausschließlich dazu bestimmt sind, die wichtigsten Konsumartikel zu vertheuern, für die gesammte Bevölkerung von größtem Schaden und müssen in der schärfsten Weise verurtheilt werden.

Indem so der Internationale Sozialistenkongreß die Arbeiterklasse auf die Gefahren der Trusts aufmerksam macht, kann er gleichwohl den Versuch der Unterdrückung der Trusts durch die Gesetzgebung nicht empfehlen. Eben weil die Trusts das natürliche Ergebniß der kapitalistischen Produktionsweise sind, können Gesetze höchstens die Form der Trusts ändern, niemals aber ihre Thätigkeit wirksam einschränken. Die Sozialdemokratie hat aber keinen Anlaß, sich gegen Gesetze auszusprechen, die die Trusts zur Veröffentlichung ihrer Statuten und ihrer Geschäftsberichte zwingen wollen.

Der allein mögliche Ausweg aus der durch die Trusts geschaffenen Situation kann jedoch nur die Verstaatlichung und in einer späteren Zeit die internationale Regelung der Produktion jener Industrien sein, die durch internationale Trusts die höchste Stufe der Entwickelung erreicht haben.

Die Aufgabe des Proletariats muß also darin bestehen, seine politische und ökonomische Klassenorganisation verstärkt durch die genossenschaftliche Thätigkeit, zu vervollkommnen, um die Zeit vorzubereiten und zu beschleunigen, in der die Möglichkeit der Expropriation der großen durch die Trusts organisirten Industriezweige und damit der Umwandlung der kapitalistischen in die gesellschaftliche Produktion gegeben sein wird.

Ohne Widerspruch gelangt die Resolution zur Annahme.

Als letzter Punkt der Tagesordnung folgt der Generalstreik.

Infolge der vorgerückten Zeit — es ist bereits 7 Uhr — konnte diese Frage, zu welcher eine Resolution der Majorität und eine solche der aus Franzosen und Italienern bestehenden Minorität vorlag, nur kurz diskutirt werden. Berichterstatter der Mehrheit ist

Legien-Hamburg: In der Kommission hatten wir keine langen Debatten, da sehr viele Gewerkschaftler darin saßen. Es genügte uns, die Erfahrungen über die partiellen Streiks auszutauschen, um zu einem Beschluß zu gelangen. Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu dokumentiren, daß wir unsere Anschauung über den Generalstreik nicht geändert haben. Die Minorität setzte sich aus französischen, italienischen und solchen Delegirten zusammen, in deren Ländern überhaupt noch keine Gewerkschaftsorganisation besteht. So lange keine starken Organisationen vorhanden

sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutirbar. Für die Bourgeoisie wäre ein Generalstreik unorganisirter Massen ein Vergnügen, in ein paar Tagen hätte sie ihn niedergeworfen, eventuell mit Waffengewalt, und damit die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet. Mögen unsere französischen und italienischen Genossen für die nothwendigen Organisationen sorgen, dann stehen wir ihnen zur Seite. (Lebhafter Beifall.) Redner empfiehlt folgende Resolution:

Der Kongreß wiederholt im Anschluß an die Beschlüsse der internationalen Kongresse in Paris und Zürich den auf dem Internationalen Kongreß in London 1896 über den Generalstreik gefaßten Beschluß, welcher lautet: Der Kongreß hält Streiks und Boykotts für nothwendige Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Arbeiterklasse, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erforderniß ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.

Als Vertreter der Minderheit referirt

Briand-Paris: Die Resolution der Majorität ist unklar und unbestimmt. Der Kongreß muß aber die Konsequenz eines klaren und unzweideutigen Beschlusses auf sich nehmen. Redner polemisirt gegen die Guesdisten, die noch 1892 in ihrer Mehrheit für den Generalstreik eingetreten seien. Aber je mehr sie aus politischen Gründen ihre Meinung geändert hätten, um so mehr seien die Gewerkschaften für den Generalstreik eingetreten. Auf allen nationalen und internationalen Kongressen seien die Franzosen fast einstimmig für den Generalstreik gewesen. Der Generalstreik ist die Prämie für die allgemeine gewerkschaftliche Organisation, wie der partielle Streik diejenige der Einzelgewerkschaft. Wie kann man den Generalstreik verwerfen, ohne die Gesammtgewerkschaftsorganisation zu verwerfen! Wie! Eine Gewerkschaft organisirt sich für den Kampf gegen den Einzelunternehmer, und die ganze Arbeiterklasse soll das nicht können! Für mich ist der Generalstreik ein Mittel zur Revolution, aber einer Revolution, die mehr Garantien als jene der Vergangenheit bietet, einer Revolution, die nicht mehr Einzelnen die Früchte des Sieges pflücken läßt, sondern die dem Proletariat es ermöglicht, Hand zu legen auf die Produktionsmittel der Gesellschaft, um sie zu behalten! Er bittet daher, die von Allemane, Heppenheimer, Jaurès und Brunellière unterzeichnete Resolution anzunehmen, welche lautet:

In Erwägung, daß der Generalstreik als die revolutionäre Aktionsform erscheint, welche am besten den Kampfesbedingungen angepaßt ist, welche durch die kapitalistische Gesellschaft der Arbeiterklasse aufgezwungen werden, macht es der Kongreß dem Proletariat zur dringenden Pflicht, keinen Kampfesboden zu verlassen, kein Mittel zur Emanzipation zu vernachlässigen, dessen Anwendung möglich ist, und fordert gleichzeitig die Arbeiter der ganzen Welt auf, sich für den Generalstreik zu organisiren, sei es, daß diese Organisation in ihren Händen ein einfaches Mittel, ein Hebel sein soll, auf die kapitalistische Gesellschaft jenen Druck auszuüben, der zur Herbeiführung der nothwendigen politischen und wirthschaftlichen Reformen unerläßlich ist, sei es, daß die Umstände sich so günstig gestalten, daß der Generalstreik in den Dienst der sozialen Revolution gestellt werden kann.

In der Nationalitäten-Abstimmung wird die Mehrheits-Resolution mit 27 gegen 7 Stimmen angenommen. Für die Minderheits-Resolution gaben Frankreich, Italien, Rußland je 1, Portugal und Argentinien je 2 Stimmen ab.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt. Es folgen die Schlußreden.

Van Kol: Wir gehen jetzt auseinander, aber in drei Jahren werden wir uns wiedersehen. Die überwältigende Majorität des Proletariats der ganzen Welt ist einig. Wir verkündigen in allen Ländern das neue Evangelium, dem die Zukunft gehört; noch stärker, noch gefestigter als bisher werden wir uns in Amsterdam wiedersehen. (Stürmischer Beifall.) Hoch die Internationale!

Dreimal braust das Hoch durch den Saal. Die Delegirten erheben sich von den Plätzen. Die Franzosen singen den Refrain der Pottier'schen Internationale: C'est la lutte finale (das ist der letzte Kamf). . .

Van Kol: Der Kongreß ist geschlossen. — Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts (Th. Glocke) in Berlin.
Druck von Max Bading, Berlin SW, Beuthstr. 2.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Soeben ist erschienen:

Wilhelm Liebknecht

Sein Leben und Wirken

Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen herausgegeben von **Kurt Eisner.**

Mit Portraits und Abbildungen.

4 Bogen stark. Preis **30** Pf. Porto 5 Pf.

Diese Schrift, der neben 5 Text-Abbildungen auch eine **Beilage auf Kunstdruck-Papier: Porträt Liebknechts** beigegeben ist, enthält in 8 Kapiteln nicht blos eine in dieser Umfassung ganz neue Biographie unseres großen Verkämpfers, sondern auch eine glänzende Charakteristik des Parteiführers, Politikers und Schriftstellers.

Zur Beurtheilung der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie empfehlen wir die

Protokolle der Parteitage.

Verhandlungen des Parteitags der Deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen. Abgehalten vom 2. bis 6. Oktober 1887. 50 Seiten. 25 Pfg.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Okt. 1890. 318 S. 50 Pfg.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktob. 1891. 368 S. 50 Pfg.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. Nov. 1892. 304 S. 50 Pfg.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Okt. 1893. 287 S. 40 Pfg.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Soziald. Partei Deutschl. Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21.—27. Oktober 1894. 192 S. 25 Pfg.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschland. Abgehalten zu Breslau vom 6.—12. Okt. 1895. 224 S. 30 Pfg.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 11.—17. Okt. 1896. 192 S. 30 Pfg.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hamburg vom 3.—9. Okt. 1897. 231 S. 35 Pf.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3.—8. Okt. 1898. 240 S. 35 Pf.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Abgehalten zu Hannover vom 9.—14. Okt. 1899. 304 S. 50 Pf.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mainz vom 17.—21. Sept. 1900. Mit einem Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz in Mainz. 264 S. 50 Pf.

Protokolle der Internationalen Arbeiter-Kongresse.

Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris (14. bis 20. Juli 1889). Mit einem Vorwort von W. Liebknecht. 133 Seiten. 25 Pfg.

Protokoll des Intern. Sozialistischen Arbeiter-Kongresses in Zürich 1893. 50 Pfg.

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses zu London (27. Juli bis 1. August 1896). 20 Pfg.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Beuthstrasse 2.

Portraits Bebel, Liebknecht, Singer

in Original-Kupfer-Radirung auf China-Papier 53×40 cm
Preis Mk. **1,50.** — Porto **30** Pfg.
Künstler-Drucke (Remark-Ausgabe) auf Japan-Papier Mk. **10,**— pro Stück,
alle drei zusammen Mk. **25,—.**

Portraits Marx und Engels in Kupfer-Radirung

Großes Format 85×65 cm.
Für Abonnenten von Parteiblättern Vorzugspreis Mk. **5,**— pro Paar, Porto **50** Pf.
Künstler-Drucke (Remark-Ausgabe) auf Japan-Papier Mk. **10,**— pro Stück.

Photographien von Liebknechts Begräbniß.

Kleines Format 15×22 cm Bildfläche **50** Pf. Großes Format 23×29 cm M. **1.**
Verschiedene Aufnahmen.

Liebknecht auf dem Sterbebett.

Photographie-Druck in 25×18 cm Bildgröße. Preis **60** Pf. Porto **20** Pf.

Liebknecht-Postkarten.

1) Als Freischärler. 2) Bei der Arbeit. 3) Auf dem Sterbebett. 4) Sein Grab.

Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Zusammengestellt im August 1900.
Größe 50×65 cm. Preis **60** Pf. Porto **20** Pf.

In Freien Stunden

empfehlen wir allen Genossen für ihre **Frauen und Kinder** als anerkannt beste
Illustr. Romanbibliothek für Arbeiter in Wochenheften zu 10 Pf.

Zur Zeit erscheint der historische, mit prächtigen Holzschnitten illustrirte Roman

Der Sohn des Rebellen

von **Victor Hugo.**

Jede Buchhandlung, jeder Colporteur nimmt **zu jeder Zeit** Bestellungen an.
Alle Hefte sind nachbeziehbar.

Gebundene Halbjahres-Bände zu Mk. 3,50 in Leinen u. Mk. 4 in Halbfranz
eignen sich vorzüglich zu

***** Fest-Geschenken. *****

Druck von Max Bading, Berlin S.W.